

Arbeiter-Zeitung

Jede Arbeiterfrau wählt Kommunisten
Liste 3

für Schlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 43902. Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Nordhaus). Fernsprecher 459 02. Geschäftsstand: Breslau. — Vertikale: Schlesische Verlagsgesellschaft m. B. O., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 43902.

Sondergerichtsprozess gegen die Reichenbacher Nazi-Bombenattentäter / Siehe im Innern des Blattes

Über 20000 Berliner Verkehrsarbeiter streiken weiter

Trotz der niederträchtigen Streitbruchversuche der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer — Lohnabbauabschiedspruch verbindlich erklärt — Konferenz der Streikleitungen für geschlossene Fortsetzung des Kampfes — Hundert Streikposten verhaftet

SOLIDARITÄTS-TELEGRAMM

den streikenden berliner verkehrs-arbeitern volle
sympathie / sind zur unterstützung bereit.
betriebsrats-vorsitzender der oppelner
auto-verkehrsgesellschaft
oppeln, 3. november 1932

Berlin, 4. November. (Ulg. Drahtber.) Der Streik der über 20 000 Berliner Verkehrsarbeiter, Straßenbahner, Untergrundbahner, Omnibusfahrer ist vollständig. Der Betrieb der Verkehrs-W.G. ruht seit gestern früh vollkommen. Die SPD.-Führer machten die niederträchtigsten Streitbruchversuche, doch sie scheiterten am Kampfwillen der Arbeiter.

Gestern wurde von den Schlichtungsinstanzen das Lohnabbauabkommen, das die SPD.-Führer mit der Direktion der VWG. abgeschlossen haben, zum Schiedspruch erhoben und verbindlich erklärt. Gestern abend tagte in den Residenzsaal eine Konferenz der Streikleitungen der einzelnen Dienststellen, zu der mehr als 500 Delegierte erschienen waren, und zwar aller Richtungen. Die Stimmung der Versammelten zeigte den festen Willen zur geschlossenen Fortsetzung des Kampfes, trotz der insamen Streitbruchversuche der SPD.-Führer. Der frühere gemahregelte rote Betriebsrat Kaiser berichtete über die Streiklage und erwähnte, daß eine Delegation der Streikenden bei der Direktion war, die aber jedes Zugeständnis schroff ablehnte und erklärte, nur mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern verhandeln zu wollen. Ehe Kaiser seinen Bericht beenden konnte, wurde die Versammlung polizeilich aufgelöst und Kaiser verhaftet. Die Streikenden haben die begeisterte Zustimmung und Solidarität der Berliner Werktätigen. Eine Extra-Ausgabe der „Roten Fahne“ fand reißenden Absatz und volle Zustimmung. Überall in den Straßen, die ungewöhnlich belebt waren, gab es eifrige Diskussionen.

Starke Polizeikräfte wurden gegen die Streikenden eingesetzt. Unter Verletzung der Streikparole der SPD.-Führer wurde der Streik als „ungefährlich“ erklärt und weit über hundert Streikposten verhaftet.

Die Direktion der VWG. gibt bekannt, daß jeder Arbeiter, der heute mittag 2 Uhr die Arbeit nicht wieder ausnehme, striflos entlassen sei. Die SPD.-Führer wollen einen verstärkten Versuch zur Abwägung des Streiks machen. In ihrem Bunde stehen die Naziführer. Die bisherigen Naziarbeiter streiken geschlossen mit, aber der „Angriff“ bringt die Streiknachrichten nur an verfeilter Stelle und die Naziangehörigen hat ihren Mitgliedern zum Beispiel verboten, sich an der Delegation der Streikleitung zur Direktion zwecks Ueberbringung der Forderung zu beteiligen. Selbst die „Vossische Zei-

tung“ schreibt von einem „Doppelspiel“ der Naziführer und anerkennt, daß die Nazileitung offensichtlich die Streikfront zu erdolchen sucht.

Der „Vorwärts“ hegt in seiner heutigen Morgenausgabe in schamloser Weise gegen die Streikenden. Er schreibt: „Es geht nicht um Vertretung von Arbeiterinteressen, sondern um parteipolitische Manöver.“ Der „Vorwärts“ verteidigt die Maßnahmen der Polizei.

Der geschlossene Kampf der Berliner Verkehrsarbeiter gegen Lohnabbau, der trotz aller Abwägungsversuche der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie fortgesetzt wird, hatte gestern bereits in den schlesischen und ober-schlesischen Betrieben seinen Widerhall gefunden. Die Betriebsbelegschaften müssen in sofort abzuhaltenden Betriebsversammlungen ihre stärkste Solidarität zum Ausdruck bringen. Außer der Herbeiführung von Beschlüssen auf finanzielle Unterstützung des Berliner Kampfes müssen die Kollegen überall dort, wo für sie unmittelbar Lohnraub droht, die Aufnahme des eigenen

Kampfes beschließen, und überall dort, wo bereits der Lohnabbau durchgeführt worden ist, den Kampf um die Zurückeroberung des gestrichenen Lohnes führen.

Je größer und geschlossener die Kampffront, desto schneller und gewaltiger der Streikzug!

Die Betriebsarbeiter müssen sich darüber klar sein, daß nach der Wahl am 6. November der Lohnabbauangriff der Unternehmer in verstärktem Maße einsehen wird. Aus wahlpolitischen Gründen hat man den Lohnabbau bei den Breslauer Gemeindefahrern nur zurückgestellt. Und deshalb ist der Kampf ihrer Berliner Kollegen für sie ein Kampfsignal.

Die Betriebsarbeiter müssen am 6. November ihre Streikbereitschaft gegen Lohnabbau zum Ausdruck bringen. Jede Stimme für die Liste 3 ist eine Kriegserklärung gegen die lohnraubenden Unternehmer! Wer nicht zur Wahl geht, hilft Papen, wer nicht kommunistisch wählt, unterstützt den Lohnabbau, der fällt den streikenden Kollegen in den Rücken!

Wer nicht Kommunisten wählt, hilft Papen! Wer Wahlenthaltung übt, hilft ebenfalls Papen!

Die arbeitenden Massen können auch nicht SPD. wählen!

Denn schon heute ist es klar, daß die Führer der SPD. und des ADGB. erneut die Lebensinteressen des arbeitenden Volkes an Faschismus und Kapitalismus verraten werden.

Fritz Tarnow hat im Namen der Bundesleitung des ADGB. (18. Oktober) erklärt:

„Aber wenn wir in bezug auf den Erfolg auch nicht so hoffnungsfroh gestimmt sind, wie die Reichsregierung, so sind wir doch bereit, dem wirtschaftlichen Teil des Regierungsprogramms die Chance zuzubilligen, seine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen.“

Der Reichsminister Papen hat sofort die hingereichte Hand ergriffen und auf der Berliner Handwerks-Tagung (24. Oktober) den ADGB.-Führern geantwortet:

„Ich begrüße es deshalb, wenn auf der kürzlich hier in Berlin stattgefundenen öffentlichen Tagung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes der Abgeordnete Tarnow die Bereitschaft der Gewerkschaften erklärte, dem wirtschaftlichen Teil des Regierungsplanes die Chance zuzubilligen, seine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen. Ich hoffe, daß damit nicht nur ein passives Abwarten und Beiseitestehen ausgedrückt werden sollte, sondern positive Mitarbeit in Aussicht gestellt wird.“ Dieser Partei des Arbeiterrats, dieser Stütze des Kapitalismus und Faschismus keine Stimme des arbeitenden Volkes!

Das werktätige Volk kann nicht die Nationalsozialisten wählen!

Denn nach der Wahl werden die Naziführer ihre werktätigen Wähler genau so schamlos verraten, wie nach dem 31. Juli.

Gregor Strasser hat bereits in einer Berliner Sportpalast-Rede (20. Oktober) klar zu erkennen gegeben, daß nach der Wahl die Nazis wieder bereit sein werden, mit dem Inflationsgewinnler und Trübselig Hugenberg zusammenzuarbeiten, den sie jetzt als die Vorkörperung der Reaktion bezeichnen.

In Hamburg haben die Nazis bereits mit dem Stahlhelm und den Deutschnationalen einen Burgfrieden geschlossen. Die „Hamburgische Front“ steht wieder auf, die Front der faschistischen Reaktion.

Nach der Wahl werden die Nazis erneut mit dem schwarzen Zentrum um Ministerposten in Preußen und im Reich kühnhandeln.

Nach der Wahl wollen die Nazis ihren Frieden mit dem Kabinettpapen machen und sind bereit, auf dem Rücken der arbeitenden Massen die Diktatur der „feinen Leute“ zu stabilisieren. Der Geheimbefehl von Goebbels hat bereits die Liquidierung der antikapitalistischen und antijunkerlichen Wahlbewegung der Nazis eingeleitet und festgelegt, daß sich der Kampf der NSDAP. nicht gegen die Unternehmer als solche und nicht gegen den Adel schlechthin richten solle. Die Nazis sind und bleiben die Schutzhunde der Ausbeuter. Darum keine Stimme den nationalsozialistischen

Die christlichen Arbeiter und Arbeiterfrauen können nicht Zentrum wählen!

Die Führer des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften haben ebenfalls das Programm der Regierung-Papen und Schleicher begrüßt und sind drauf und dran jeden ernsthaften Kampf gegen die Hungermaßnahmen der besitzenden Klasse abzumürgen, obwohl bei den vielen Streikämpfen der letzten Wochen auch christliche Arbeiter in der Kampffront gegen Lohnraub gestanden haben. Die Führer des Zentrums werden nach der Wahl ihre Koalitionsverhandlungen mit den Nazis, die die Kettenhunde der Kapitalisten sind, verstärkt betreiben. Die Zentrumspartei, in der die „frommen“ Grafen Praschma, Schaffgotsch und die Industriellen Glöckner und andere die Politik bestimmen, wird nie die Interessen der christlichen Arbeiter, Frauen, Kleinbauern, Mittelständler, Angestellten und Beamten wahrnehmen.

Und deshalb auch dieser Partei, dieser Stütze der kapitalistischen Ordnung keine Stimme des arbeitenden Volkes!

Die am Sonntag stattfindende Reichstagswahl muß die Entschlossenheit aller Unterdrückten für den Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Ausplünderung, für den Sozialismus, noch viel stärker als am 31. Juli es der Fall war, demonstrieren. Die Papen-Reaktion spekuliert auf eure Wahlmüdigkeit! Wahlenthaltung aber...

Wer nicht zur Wahl geht, der schadet sich und seiner hungernden Familie!

Wer will das? Willkürlich muß es es zurückhalten:

Wir Ausgebeuteten in Stadt und Land, ohne Unterschied der parteipolitischen, gewerkschaftlichen und religiösen Einstellung, wollen, daß Schluß gemacht wird

mit dieser Gesellschaftsordnung, wo wir und unsere Kinder Hunger leiden und nicht genügend Kleidung haben, wo Zehntausende Proletarier keine menschenwürdige Wohnung besitzen, wo auf der anderen Seite die Läger mit Lebensmitteln und Bekleidungsgegenständen überfüllt sind, wo neuer Lohn- und Unterstützungsabbau droht, und werden deshalb die Wahlspekulation der Papen-Reaktion zunichte machen und

werden Kommunisten, Liste 3 wählen!

Unerhörte Ausbeutung und Antreiberei bei Dorndorf-Langermann

Betriebsstilllegung beantragt — 24 Stunden Arbeit in der Woche — Ungeheure Ausbeutung und Antreiberei — Nazis und reaktionäre Ostjuden Hand in Hand gegen die Arbeiter

Breslau. Wir haben uns in der „Arbeiter-Zeitung“ schon über die Ausbeutungsmethoden der Firma Dorndorf-Langermann beschäftigt. In der Steuerverwaltung wird das laufende Band immer schneller getrieben und die Antreiberei nimmt die schlimmsten Formen an. Auf der einen Seite Ausbeutung und Antreiberei der Belegschaft bis zum Weißbluten, und auf der anderen Seite Einführung der Kurzarbeit. Die Arbeitszeit ist vollkommen unregelmäßig, beträgt aber durchschnittlich 3 Stunden am Tage und 24 Stunden die Woche. Daß bei diesen miserablen Löhnen und der geringen Arbeitszeit die Arbeiter mit einem Hungerlohn nach Hause gehen müssen, das nicht mehr zur Margarine aus Brot reicht, ist klar. Aber es kommt ja nicht darauf an, daß die Arbeiter der Firma Dorndorf-Langermann leben können, sondern darauf, daß die Unternehmer ihre Profitrate halten und noch erhöhen. Die kapitalistische Gesellschaft und ihre Salaien legen den Arbeitern, daß nur dann Arbeitsmöglichkeit gegeben ist, wenn sie so viel wie möglich und so billig wie möglich arbeiten. Nun, bei der Firma Dorndorf ist weder an Leistungsmöglichkeit noch etwas zu steigern, noch etwas von dem Hungerlohn abzuziehen. Trotzdem hat die Firma die Stilllegung des Betriebes beantragt. In der vergangenen Woche brachten die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ einen heillosen Artikel über die Firma, wo ihr besonderes Lob ausgeteilt wurde und wo man von den Einstellungen von Arbeitern sprach. Bereits damals war schon die Stilllegung des Betriebes beantragt. So streut man der Öffentlichkeit Sand in die Augen.

In einer Betriebsversammlung der Belegschaft kamen die ungeheuren Klagen über die Antreiberei zur Ausdrucksprache. Man war sogar verpflichtet, sich dort mit den Anlagen zu beschäftigen. Die Firma hatte einen Einfluß in diese Belegschaftsversammlung geschickt, der aber selbst nicht einmal seinen Auftraggebern gegenüber in der Lage war, einen Bericht zu übermitteln. In dieser Firma sieht es toll aus; dort wird der Betriebsrat nicht anerkannt, die Ferienfrage, die Frage der Beschäftigung von Kriegsverletzten spielt dort eine große Rolle, wie auch die Entlassung von Arbeitern, so daß wir uns in

einem späteren Artikel noch einmal besonders mit der Firma befassen werden.

Eine besonders erbärmliche Rolle spielen die paar Nazis im Betrieb. Der dort tonangebende Herr Paschwig ist ein Ostjude und die Nazis geben an, daß sie auf diese besonders scharf sind. Aber im Kampf gegen die Arbeiter reichen sich die Nazis mit dem reaktionärsten Ostjuden gern die Hand. Der Nazi mit dem urgermanischen Namen Tarenkowsky hat es fertig gebracht, eine Arbeiterin mit einem Besen zu schlagen. An einem Ausguss im Maschinenaal hatte er ein Plakat angebracht: „Wer etwas in den Ausguss wirft, wird sofort entlassen!“ Das war sogar dem Paschwig zu viel, so daß er es wieder abnehmen ließ. Dieser Nazi mit seinem Vater, ebenfalls Nazi, verhehelt dort im Betrieb den Bruttalität neue Lohn- und Arbeitsverhältnisse versuchen durchzusetzen.

Die Arbeiter der Firma Dorndorf-Langermann müssen alle Vorbereitungen zum Kampfe treffen. Es gilt sofort einen Kampfausschuß zu wählen, um die Vorarbeiten für den kommenden Kampf zu treffen, denn nach den Wahlen wird das Unternehmertum seine Offensiv verfahren und mit aller Brutalität neue Lohn- und Arbeitsverhältnisse versuchen durchzusetzen.

Die Arbeiter müssen sich enger zusammenschließen in der roten Einheitsfrontaktion, den Kampf gegen die Faschisten und um ihre Interessen führen. Engster Zusammenschluß mit der KPD. und Seite an Seite mit den Kommunisten gegen jede Verschlechterung, gegen die Antreiberei den Kampf aufnehmen. Im Wahltag zeigen die Arbeiter von Dorndorf-Langermann, daß es ihnen mit dem Kampf gegen die faschistische Ausbeutergesellschaft ernst ist, daß sie gewillt sind, den Kampf aufzunehmen, und wählen die Liste 3!

Arbeitslose demonstrieren am Erwerbslosentag

Berlin, 4. November. (Sig. Drahtber.) Bei einer Arbeitslosen-demonstration in der Bahstraße wurden nach polizeilicher Auflösung 13 Demonstranten verhaftet. In einer Arbeitslosentumbegung in den Thurnsialen wurde der Referent Hans Jendrecht verhaftet.

Die „Rote Fahne“ wieder verboten

Kotationsmaschine erneut versiegelt — Entfacht Massensturm gegen Verbot, fordert Freigabe der „Rote-Fahne“-Druckerei!

Die „Rote Fahne“ und die Berliner „Welt am Abend“ wurden gestern vom Berliner Polizeipräsidenten verboten. Zahlreiche Verkäufer der Extraausgabe der „Roten Fahne“ wurden verhaftet. In der City-Druckerei erschien Politische Polizei und versiegelte die Kotationsmaschine, auf der die „Rote Fahne“ gedruckt wird, aufs neue. Gegen diese Maßnahmen muß in ganz Deutschland Massenprotest erhoben werden. Auch die Abstimmung für die am 6. November muß ein Bekenntnis zum Kampf sein. Überall Freigabe der „Roten-Fahne“-Druckerei fordern!

Das Streifsignal aus Berlin!

Über 20 000 Berliner Verkehrsarbeiter sind unter der Führung der RGO. geschlossen in den Streik getreten — Das ist ein Janfaren-Signal für die ganze deutsche Arbeiterchaft!

Daten nicht die Herren Kapitalisten gehofft, daß nun endlich die Streikwelle ihrem Ende entgegengehen werde? Darf nicht das „Berliner Tageblatt“ am 23. Oktober schon geschrieben, daß die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie, um die Durchführung des hundertjährigen Wirtschaftsprogramms zu ermöglichen, mit aller Kraft sich gegen neue Streiks wende? Jawschl, dieser Streik der BVC-Arbeiter hat die Herrschaften überlistet, hat ihre Hoffnungen zunichte gemacht, ihre Pläne durchkreuzt!

Unter der Führung der Kommunisten traten die Berliner Verkehrsarbeiter in den Streik ein, trotz der ungeheuerlichen Hege, welche die SPD. und die Gewerkschaftsbürokratie gegen die RGO. und die BVC. getrieben haben, trotz der schamlosen Verräterpolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie! Der größte Streik, der in dieser Periode ausbrach, steht unter kommunistischer Führung. Das ist eine Tatsache von außerordentlicher Wichtigkeit!

Nach vor wenigen Tagen waren die SPD.-Führer stolz auf ihre angebliche „Hochburg“, die BVC., in der angeblich die Kommunisten „nichts zu sagen“ hätten.

Jetzt aber streiken Tausende von sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeitern unter der Führung der RGO.!

Denn sie haben gerade in diesen letzten Tagen erleben können, wie schamlos die Verräterpolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie sie dem Kapitalismus wieder verkaufen wollte, und daß sie nur unter kommunistischer Führung ihre Lebensinteressen verteidigen können!

Bis zuletzt haben die SPD. und Gewerkschaftsführer das Kreuzerke aufgebunden, um diesen Streik der Berliner Verkehrsarbeiter zu verhindern und den deutschen Kapitalismus und das Regime Papen vor dieser neuen schweren Erschütterung zu behüten. Mit allen Mitteln der Verleumdung, der Hege, der niederträchtigen Streikbrüchigkeit, haben sie die Arbeiter in den Lohnabbau hineinzwingen wollen. Sehen hat die SPD. und Gewerkschaftsführerschaft so klar gezeigt, was sie ist: Stützen des Systems Papen, Stützen der faschistischen Bourgeoisie! Aber der Betrag ist ihnen diesmal nicht gelungen. Über

die Köpfe der Gewerkschaftsbürokratie hinweg ist die BVC.-Arbeiterchaft unter der Führung der RGO. geschlossen in den Streik getreten.

Es ist zu erwarten, daß die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsbürokratie nunmehr alle Kraft darauf konzentrieren wird, diesen Streik abzuwürgen; es muß damit gerechnet werden, daß in Preußen Eversings und Brachts auch die staatlichen Machtmittel gegen die Streikenden eingesetzt werden. Das hat die BVC.-Arbeiter nicht vom Kampf zurückgehalten; das muß für die Arbeiterchaft des ganzen Reiches ein Signal sein, diesen großen Streik, dessen politische Bedeutung außerordentlich weit reicht, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen!

Die Nazi-Arbeiter bei der BVC. (diese zahlenmäßig schwächste Gruppe), haben sich genau so wie die sozialdemokratischen Arbeiter in die Streikfront eingeordnet. Die Nazi-Gauleitung konnte nicht anders, als ihre Genehmigung zu diesem Streik zu geben, weil sonst die NSDAP. an der BVC. und überhaupt bei der Berliner Arbeiter-

Zurück zur SPD.

Klassengenossen der SAP.!

Die Meldung der „Arbeiter-Zeitung“ vom 29. Oktober über das Zurückkaufen prominenter Führer der SAP. zur Sozialdemokratie hat schnell ihre Bestätigung gefunden.

Die „Volkswacht“ vom 3. November verkündet triumphierend, daß der Führer des Schugbundes, Karl Frank, zusammen mit anderen Funktionären bereits mit dem berichtigten Selten-Münster vom SPD-Parteivorstand über seine Aufnahme in die SPD. verhandelt hat. Frank eröffnet diesen Reigen nur, auch

Rosenfeld und Ströbel werden folgen!

Die gut bezahlten Posten in der SPD. laden diese „Klassenkämpfer“. Ihr aber, SAP-Proleten, seid die Betrogenen. Dieselben Leute, die das Verbrechen begangen haben, euch von eurem Marsch zur einzigen revolutionären Arbeiterpartei, zur KPD., abzuhalten, glauben ihre Mission im Auftrage der Wels und Co. erfüllt zu haben.

Alles was wir Kommunisten euch vorausgesagt haben, ist eingetroffen. Die Führer marschieren zurück zur Panzerkreuzer-Partei zum Koalitionsschacher und zur Tolerierungspolitik, zur Partei der „kleineren Nebels“.

Ihr müßt vorwärts marschieren!

Vorwärts zum revolutionären Klassenkampf!

Her zur Partei Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs, Lenins!

Folgt dem Beispiel des Genossen Jacobson, der Genossin Feljen, der Gruppen Zehlendorf, Steglitz und Kohnsdorf und all der vielen anderen Funktionäre und Mitglieder der SAP., die diesen Weg zur KPD. vor euch gegangen sind.

Nicht Enttäuschung und Indifferenz darf Platz greifen in euren Reihen, dadurch helft ihr dem Massengegner.

Ihr gehört zu uns!

Kämpft mit uns für die Arbeiter- und Bauernrepublik!

Am 6. November gehört eure Stimme der Liste 3

Reichstagswahl am 6. Nov. 1932

1		<input type="radio"/>
2		<input type="radio"/>
3	Kommunistische Partei Deutschlands	<input checked="" type="radio"/>
4		<input type="radio"/>



Nur unter kommunistischer Führung

kann die deutsche Arbeiterchaft Lohn und Brot verteidigen, weitere Verelendung und Entrechtung abwehren.

Die Verräterpolitik der SPD., die sich schon in dem großen Streik der Hamburger Verkehrsarbeiter, die sich im Eberl-Streik, in Torgau, in Düsseldorf, im Streik der Weferichs, im Streik der schlesischen Metall- und Textilarbeiter und in zahlreichen anderen Fällen zeigte, wird durch die verbrüderliche Haltung der sozialdemokratischen Führerschaft im BVC.-Streik noch einmal allen Arbeitern vor Augen geführt. Welcher Arbeiter kann diesen Streikführern, diesen Stützen Papens und der faschistischen Bourgeoisie seine Stimme geben?

Nur die Kommunisten können die Arbeitermassen im Kampfe um Lohn und Brot führen! Deshalb wird auch die Arbeiterchaft am kommenden Sonntag bei der Wahl der kommunistischen Liste ihre Stimme geben, in dem klaren Bewußtsein:

Jede Stimme für die Liste 3, Kommunisten, stärkt die rote Einheitsfront, hebt den Kampfgeist der Massen, verhärtet

schafft jeden Einfluß verloren hätte. Die Nazis dürfen nicht wagen Streikbruch zu machen. Darum haben auch sie sich der kommunistischen Führung unterstellen müssen! Die Kommunisten haben die Einheitsfront für den Kampf gegen den Lohnabbau hergestellt!

Der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter hat die allergrößte Bedeutung für die Arbeiterchaft des ganzen Reiches. Er gibt das

Signal für alle Betriebe,

welche ähnlich wie die BVC. vom Lohnabbau bedroht sind. Er stärkt den Kampfesmut, das Kraftbewußtsein, die Streikbereitschaft der Millionenmassen, gegen welche die Bourgeoisie nach der Wahl zu einem verheerenden Lohnraubfeldzug ausziehen wollte. Er ist ein Kampfzeichen für die rote Einheitsfront, der in allen Städten und Dörfern Deutschlands gehört werden wird!

Der Berliner Verkehrsarbeiterstreik zeigt den arbeitenden Massen erneut:

die Kampfkraft des Proletariats und bringt die große Bewegung der außerparlamentarischen Kämpfe vorwärts! Werden streikenden BVC.-Arbeitern und allen kämpfenden Belegschaften und Arbeitslosen helfen will, der wird auch am kommenden Sonntag die Liste der KPD. wählen!

Nur die Kommunisten führen den Kampf für Arbeit und Brot, gegen Kapitalismus und gegen Faschismus! Sie sind die Organisatoren und Führer der roten Einheitsfront, welche die Hungerpolitik und die faschistische Unterdrückungspolitik der Bourgeoisie zerbrechen und die deutschen Arbeitermassen auf dem Wege zum Siege vorwärts führen wird!

Darum alle Kräfte für die rote Einheitsfrontaktion!

Alle Kräfte für den Kampf der deutschen Arbeiterklasse unter der Führung der Kommunisten für Arbeit und Brot, für Freiheit und Sozialismus!

Warum schweigen Hitler und Hugenberg?

Warum verheimlichen die nationalsozialistischen und deutschen Zeitungen das Auftreten unseres Genossen Thälmann vor den Pariser Arbeitern und seinen Kampftruf gegen Versailles?

Weil sie Hochverräter an den Interessen des werktätigen deutschen Volkes sind!

Weil sie das deutsche Volk an die Versailler Mächte verschachern und ihren Lesern nicht mitteilen dürfen, daß die einzige Partei, die gegen den Versailler Raubvertrag kämpft, die Kommunistische Partei ist.

Ihr Schweigen und ihre Hetze gegen die revolutionäre Freiheitspartei ist Dienst für die internationalen Sklavenhalter des deutschen werktätigen Volkes!

Riesige Klotterrüstungen Japans

Tokio, 2. November. Die japanischen Marinebehörden haben eine erhebliche Erweiterung des Kriegsschiffbauprogramms für die nächsten vier Jahre beschlossen. Es sollen neu gebaut werden: 2 Panzerkreuzer zu je 8500 Tonnen, 1 Flugzeugmutter-schiff, 7 Torpedobootzerstörer, 6 U-Boote, 1 Minenleger und eine Anzahl Hilfschiffe. Darüber hinaus fordern die Marinebehörden weitere 100 Millionen Yen für den Bau neuer Flugplätze und Flugzeuge.

Diesen Riesenrüstungen Japans kommt um so größere Bedeutung zu, als die Vereinigten Staaten voraussichtlich sofort auch ihrerseits mit neuen Kriegsrüstungen antworten werden.

Arbeitslosen-Unruhen in Polnisch-Oberschlesien

Kattowitz, 2. November. Am Montag kam es in Dölpne gelegentlich der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung zu erregten Demonstrationen der Erwerbslosen, die wegen angeblichen Finanzmangels keine Unterstützung erhielten. Eine große Arbeitslosendemonstration wälzte sich durch die Straße. Mehrere große Lebensmittelgeschäfte wurden gestürmt, wobei die Arbeitslosen das Brot gleich auf der Straße zur Verteilung brachten. Die Polizei war gegenüber der großen Arbeitslosensmenge völlig machtlos und wagte erst einzuschreiten, nachdem Verstärkungen aus Kattowitz eingetroffen waren.

Ziasto der Kontingentierungs-verhandlungen mit Dänemark

Kopenhagen, 2. November. Die zwischen der deutschen Tomatenkommission und den Vertretern der dänischen Regierung geführten Kontingentverhandlungen sind heute nachmittags geendet. Die dänischen Vertreter haben rundweg erklärt, daß sie sich auf keinerlei Abmachungen über Kontingente einlassen, wobei sie durchblicken ließen, daß sie gegenüber Kontingentmaßnahmen Deutschlands entsprechende Repressalien gegen die deutsche Einfuhr nach Dänemark ergreifen würden.

Vor 15 Jahren

Sturmzeichen in ganz Rußland

Petersburg, 1. November 1917. Die Konferenz des Kreisowjets von Jekaterinenburg (Ural) fordert, daß der Tag des Zusammentretens des Allrussischen Sowjetkongresses der Termin für die Machtübergabe durch die Sowjets sei.

A. Schapowalow:

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

Copyright 1932 by Mopr.-Verlag, Berlin (Internationale Memoiren, Band 4).

29. Fortsetzung

Unter diese Bedingungen kam ich immer mehr zur Ueberzeugung, daß es für einen Berufsrevolutionär keinen Sinn habe, in einem so kleinen Städtchen, wie es Wolschni-Woschichow war, zu leben und daß es besser wäre, nach Twerj zu übersiedeln und von Zeit zu Zeit ins Dorf zu kommen. Ich bekam einen Brief vom Komitee in Twerj, der mich nach Twerj zurückrief und fuhr hin. Es war tiefer Winter, als ich dort ankam, Ende November. Die Felder und Wälder waren mit Schnee bedeckt.

Ich wurde sofort als Mitglied des Twerjer Parteikomitees akzeptiert. Genosse Zoma, der sich vor der Dzhirana verstecken mußte, übergab mir die ganze organisatorische Arbeit und fuhr in aller Eile ab. Die Dzhirana spannte alle Kräfte an, um ihn zu verhaften und ihn in der Sache der Ermordung des Provolateurs, des Arbeiters Wolnuchin, vor Gericht zu stellen.

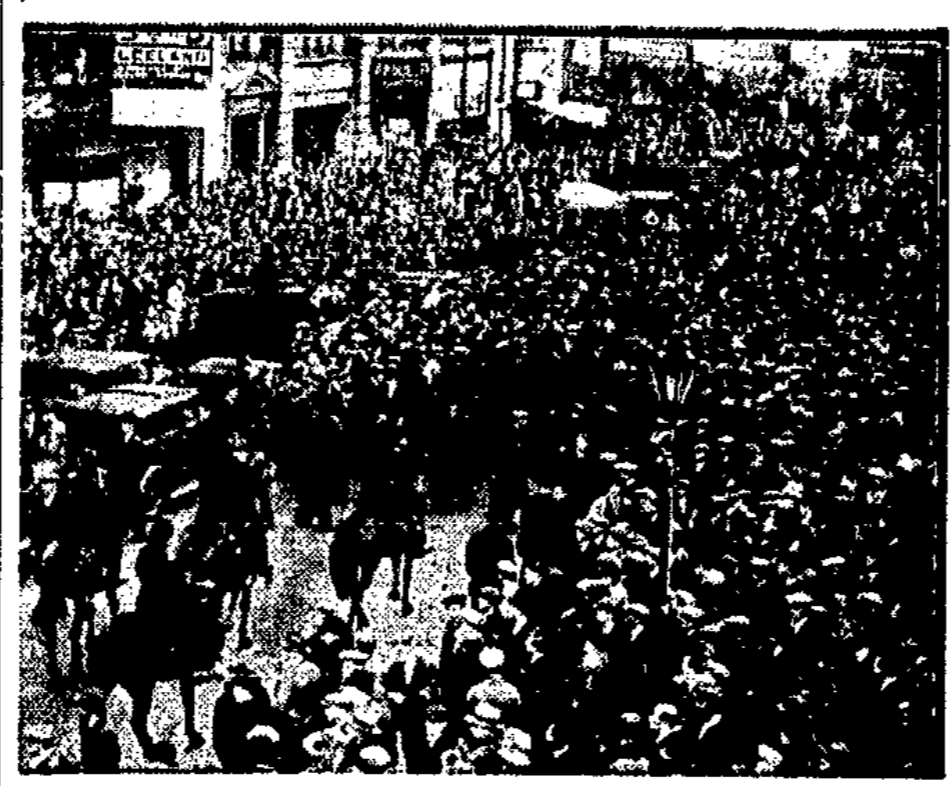
Ich übernahm die Organisation der Parteiarbeit unter den Arbeitern und mußte ein Zimmerchen für mich suchen. Das Budget eines Revolutionärs, der aus den Mitteln der Partei lebt, gestattete nicht den Luxus einer eigenen Wohnung. Man konnte sich nicht einmal ein anständiges Zimmer erlauben. Ich mußte mit einem kleinen Dachstübchen vorlieb nehmen.

Bevor ich in das Dachstübchen übersiedelte, wohnte ich provisorisch in der Wohnung von Seminaristen. Bei ihnen befand sich ein Komiteestempel, und auch die gedruckten Flugblätter wurden bei ihnen verteilt. Einer von ihnen war der jüngste Bruder von Wolschni. Ein anderer, ein klein gewachsener Seminarist, hieß Wolschni. Ich wurde nicht irre, Wolschni ist ein Name. Sie standen beide unter dem Einfluß des Genossen Zoma. Eines Tages fand ich sie beim Drucken von Flugblättern. Jedes Flugblatt bekam einen Stempel des Twerjer Parteikomitees.

Unterhaus von Arbeitslosen belagert

Riesige Demonstrationen vor dem englischen Parlament und in den Straßen Londons

L o n d o n , 2. November. Obwohl die Polizei einen wütenden Terror gegen die Arbeitslosen und ihre Führung entfaltet, obwohl der Genosse Hammington gestern vormittag verhaftet wurde und das Büro der Hungermarschleitung durchsucht wurde, war London gestern erneut der Schauplatz riesiger Arbeitslosendemonstrationen.



Eine Armee von Polizisten war zum Schutz des Unterhauses aufgebunden worden. Die bürgerliche Zeitung „News Chronicle“ schreibt:

„Mehrere Stunden befand sich der ganze Platz vor dem Parlament und andere Straßen in der Umgebung des Unterhauses in einem Belagerungszustand. Die Abgeordneten saßen im Unterhaus hinter einer festen Barrikade von Polizisten, die Schulter an Schulter um das Haus einen Korridor gebildet hatten.“

Schon am Nachmittag, als die Arbeitslosen von der Verhaftung Hammingtons erfuhren, strömten viele hunderte Arbeitslose zum Polizeigericht, wo sie stürmisch die Freilassung ihres Führers forderten. Es kam zu heftigen Kämpfen zwischen der Polizei und den Demonstranten.

Am Abend während der Parlamentsberatungen versammelten sich zehntausende von Arbeitslosen zum Demonstrationszug. Trotz der Polizeisperrfette gelang es vielen Hunderten von Demonstranten, den Parlamentsplatz zu erreichen, wo es zum erstenmal seit vielen Jahren direkt vor dem Unterhaus zu stürmischen Demonstrationen kam. Auch im Unterhaus selbst kam es zu Kundgebungen, als ein Mann auf der Galerie sich während der Verhandlungen über das Ottawa-Abkommen erhob und in den Saal rief: „Im Namen von Millionen Arbeitslosen verlange ich, daß ihre Deputation empfangen wird. Laßt Hammington frei!“

Die größten Kundgebungen fanden am Trafalgar Square statt. Dort wehrten sich die Demonstranten energisch gegen die Polizeilattaden und schleuderten Flaschen, Steine und Kohlenstücke gegen die angreifenden Polizisten. Viele Arbeitslose, darunter eine große Anzahl von Frauen, wurden von der Polizei niedergebühlpelt. An der Westminsterbrücke errichteten die Arbeitslosen aus Fahrzeugen Barrikaden gegen die anrückende Polizei. Die Schilder der Straßenbahn wurden von den Arbeitslosen als Waffen gegen die Polizisten benutzt.

Unter dem Druck der demonstrierenden Massen sah sich der Führer der Labour-Fraktion, Lansbury, im Unterhaus gezwungen, eine Abordnung der Arbeitslosen zu empfangen, die die Aufhebung der Bedürftigkeitsprüfung verlangte.

Sowjetfeindliche Außenhandelspolitik vermehrt Arbeitslosigkeit

Papen-Regierung zwingt durch Drofflung der Sowjeteinfuhr die Sowjetunion zur Verringerung ihrer Bestellungen in Deutschland

Die Kontingentierungspolitik der Papen-Regierung ist im hohen Maße auch gegen die Sowjetunion gerichtet. Durch die letzten Zollserhöhungen wurde eine große Anzahl von Waren, die die Sowjetunion nach Deutschland ausführte, aufs stärkste betroffen. Damit aber noch nicht genug, würde die Kontingentierung, die jetzt von der Papen-Regierung zur Anwendung gebracht werden soll, die Gefahr einer weiteren großen Einschränkung der Sowjetausfuhr nach Deutschland, insbesondere von Holz, Butter, Erbsen usw. erhöhen. Insgesamt würde die Ausfuhr der Sowjetunion nach Deutschland um etwa 50 Millionen Mark jährlich zurückgehen.

Bekanntlich betrachtet die Arbeitermacht in der Sowjetunion die Ausfuhr von Sowjetwaren als eines der Hauptmittel, sich eine Zahlungsgrundlage für die Einfuhr von Produktionsmitteln, insbesondere von Maschinen zu verschaffen, die für den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion erforderlich sind. In dem Maße, als die Papen-Regierung durch ihre sowjetfeindliche Außenhandelspolitik die Einfuhr von Sowjetwaren nach Deutschland droffelt, würde die Sowjetunion gezwungen werden, auch die gewaltigen Aufträge für Maschinen usw. einzuschränken.

Was das bedeuten würde, geht schon allein aus der Tatsache hervor, daß

gegenwärtig 500 000 deutsche Arbeiter allein durch Sowjetaufträge Arbeit und Brot

haben. Der Anteil der Sowjetunion an der gesamten deutschen Ausfuhr beträgt im ersten Halbjahr 1932 nicht weniger als 45,4 Prozent, d. h. also fast die Hälfte der gesamten Ausfuhr. Während die Ausfuhr Deutschlands an alle kapitalistischen Staaten im letzten Jahre katastrophal zurückgegangen ist, ist die Sowjetunion das einzige Land, das seine Bestellungen in Deutschland im ersten Halbjahr 1932 noch um 14 Prozent gegenüber dem Vorjahre steigerte.

Die sowjetfeindliche Außenpolitik der Papen-Regierung bedeutet unter diesen Umständen eine ungeheure Bedrohung der deutschen Arbeiter und muß notwendigerweise die Arbeitslosigkeit in Deutschland noch vermehren.

Weitere Ausdehnung des Spinnerstreiks

L o n d o n , 2. November. Am Mittwoch dehnte sich der Spinnerstreik in Lancashire noch weiter aus. Es sind nun so gut wie fast alle Spinnereibetriebe stillgelegt. Auch dort, wo die Unternehmer noch die alten Lohnsätze zahlten, schlossen sich die Belegschaften aus Solidarität dem Streik an.

Während dieser Arbeit erzählten die beiden Seminaristen sehr viel von ihrem Leben im Seminar und über die Spionage, die der Rektor und der Inspektor des Seminars unter den Seminaristen organisiert hatten. Die Kleinlichkeit dieser beiden Geistlichen ging so weit, daß sie sich nicht genierten, die Mäntel und Hüte der Seminaristen auf den Hängern nachzukontrollieren. Sie taten es, wenn sie kontrollieren wollten, ob alle Schüler des Seminars in die Kirche gehen. In diesen Fällen bestrafte der Rektor persönlich die Mützen der Seminaristen.

„Wie kann er aber nach den Mützen urteilen? Sie sind doch alle gleich.“

„Ja, das ist es doch, daß in jeder Mütze der Familienname eingedruckt ist, und nach diesen Mützen kann man tatsächlich sehr genau feststellen, ob alle Schüler des Seminars zum Unterricht und in die Kirche kommen.“

Als wir mit dem Stempeln der Flugblätter fertig waren, war es schon sehr spät und wir legten uns schlafen. Ich wurde sehr früh von einem seltsamen Geräusch geweckt, das sich anhörte, als würde mit dem Stempel irgend etwas Weiches gestempelt. Mein Ohr hatte sich gestern abend an diesen Laut gewöhnt. Dieses Aufplätzen des Stempels klang mir vom Nachbarzimmer entgegen, in dem die Besitzer der Wohnung, die beiden Seminaristen, wohnten.

„Ist es möglich?“ fragte ich mich selbst, „daß nachts über noch Flugblätter fertig gedruckt und zum Stempeln hergebracht werden? Das kann doch nicht sein. Ich müßte doch davon wissen. Was bedeuten also diese Töne?“

Ich stand vom Bett auf, ging zur Tür, die mein Zimmer von dem Zimmer der Seminaristen trennte und öffnete sie mit einem Ruck.

Vor meinen Augen eröffnete sich folgendes Bild: beide Seminaristen saßen, noch im Nachthemd, auf den Betten vor dem Tisch und unterhielten sich damit, daß sie ihre Wäsche und das Unterfutter der Mützen stempelten.

„Was macht ihr?“ fragte ich sie streng. „Das Komitee hat euch die Stempel anvertraut. Was macht ihr damit? Es genügt jetzt, daß die Wäsche auf diesen Stempel aufmerklos wird und es eurem Rektor zeigt, es genügt, daß man eure Mützen kontrolliert, um sofort den Stempel des Parteikomitees zu entdecken. Was wird dann geschehen? Der Rektor eures theologischen Seminars, der Archimandrit, wird es doch sofort dem Gendarmeriehauptmann melden. Und findet man bei euch den Stempel des

Komitees, so wird es nicht mehr schwer sein, das Komitee selbst zu finden.“

Die Seminaristen waren sehr verlegen.

„Wir haben Spaß gemacht“, antwortete erlich der kleine Mitjagin. „Wir haben uns gar keine Rechenschaft darüber gegeben, was wir angestellt haben. Sie sind aber sehr streng. Der Genosse Zoma war nicht so streng wie Sie.“

„Ich glaube nicht, daß der Genosse Zoma, trotz seiner großen Güte, erlaubt hat, euch so leichtsinnig einer so wichtigen Sache gegenüber zu verhalten. Ich bin gezwungen, den Komiteestempel sofort von euch wegzunehmen und ihn einem anderen Genossen, der die Sache ernster nimmt, zu übergeben.“

Die Seminaristen waren sehr verlegen und mißgestimmt, ich aber beschloß, um jeden Preis in eine andere Wohnung zu übersiedeln.

Die Wohnung ist für jeden Revolutionär von ungeheurer Bedeutung. Sehr angenehm ist es, wenn die Wirtin eine Sympathisierende ist, oder wenn sie zumindest durch die Finger sieht und nicht sofort ihren Mieter den Gendarmen anzeigt. Ganz anders ist es, wenn die Wirtin, bei der ein Revolutionär ein Zimmer mietet, im Dienste der Dzhirana steht. Da es in Twerj nur sehr wenig freie Zimmer zu mieten gab, hatte man keine große Auswahl und mußte in das erste beste einziehen.

Ich bemerkte übrigens bei meiner Wohnungssuche, daß die Wirtinnen mir, als einem Menschen, der „keine bestimmte Beschäftigung hat“, ihre Zimmer nicht gerne vermieten wollten.

„Nein“, sagten sie, „Sie passen uns nicht. Ich kann Ihnen das Zimmer nicht vermieten.“

„Warum?“

„Weil wir nichts mit der Polizei zu tun haben wollen. Wären Sie ein Kaufmann oder ein Beamter, dann stünde die Sache anders. Kaum zieht aber so einer ein, wie Sie es sind, ein Beschäftigungsloser, dann beginnt es sofort mit Hausjuchungen, Verhaftungen und allen möglichen Unannehmlichkeiten. Man wird mit der Polizei nicht fertig.“

Solche Antworten hörte man in jenen Wohnungen, wo erst unlängst Genossen wohnten, die von der Polizei verfolgt und schließlich verhaftet wurden. Gewöhnlich waren die Revolutionäre wegen ihrer Mittellosigkeit gezwungen, in den billigsten Zimmern zu wohnen, manchmal sogar mußten sie sich damit begnügen, in Dachböden zu wohnen. Auch ich mußte dasselbe tun. Ich quartierte mich also in ein Dachstübchen ein. Es erschien mir sehr passend.

(Fortsetzung folgt.)

Die Antwort auf die Lügen der „Vollswacht“

Wer hat die sozialen Errungenschaften erlämpft, wer hat sie abgebaut?

Die sozialdemokratischen Führer versuchen in ihren Versammlungen, in der „Vollswacht“, in Flugblättern und Plakaten den Arbeiter zu überzeugen, daß sie es waren, die die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse erlämpft und auch immer verteidigt haben. Wer antwortet auf diese fauchenden Wablwagen der SPD, wie folgt:

Wer hat die sozialen Errungenschaften erlämpft?

Wären es nicht die Betriebsbelegschaften, die 1918 und 1919 gewaltige Streikbewegungen durchführten, wären es nicht die revolutionären Massen, die die Arbeiter in den Kampf führten, wären es nicht die bewaffneten Arbeiter, die gegen die weißgardistische Konterrevolution kämpften? Oder glauben etwa die Arbeiter, daß die Unternehmer den Achtstundentag, höhere Löhne und die Arbeiterrechte bewilligt hätten, wenn die Arbeiter den Führern der Sozialdemokratie gefolgt wären, die unter der Losung, „die Sozialisierung marschieren!“ forderten:

„Da lautet das erste Gebot: An die Arbeit! Nur sie kann uns retten. Jeder Streik führt uns näher an den Abgrund.“

So wollte die Sozialdemokratie auch 1918 verhindern, daß die Arbeiterklasse um bessere Lebensbedingungen kämpft. Oder will die Sozialdemokratie etwa behaupten, daß der bewaffnete Kampf der Arbeiter gegen die weißgardistische Konterrevolution durch General Walter auf Anweisung Severings dem Kampf um die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse diente?

Nur der revolutionäre Massenkampf der Arbeiter im Jahre 1918 ergab als Nebenprodukt dieses Kampfes solche sozialen Errungenschaften wie Achtstundentag usw. Aber die Sozialdemokratie war bestrebt, durch keine Reformen die Arbeiterklasse an der siegreichen Niederwerfung der weißgardistischen Konterrevolution zu verhindern.

Wer hat die sozialen Errungenschaften abgebaut?

Wer hat den Achtstundentag beseitigt? Geschah das nicht durch das Ermächtigungsgesetz vom Dezember 1923, das durch den sozialdemokratischen Ministern Schmidt, Giffelberg, Kadbruch, Tollmann mitausgearbeitet wurde?

Wer hat den Dienstdauervorschriften bei der Eisenbahn, dem Ueberrichtenabkommen im Bergbau zugehört und den Arbeitern der Güttenindustrie die 56 stündige Arbeitszeit aufzuerzwingen?

Wer nicht die Sozialdemokratie die Tariflöhne außer Kraft setzen, indem sie den Vereinigten Lohnabbau unterstützte und damit die Löhne um 10-15 Prozent senkte?

Wer nicht die Sozialdemokratie die Erwerbslosenfürsorge abgebaut, durch die Einführung der Erwerbslosenversicherung den Arbeitern die Beitragszahlung aufgebürdet, die Bedürftigkeitsprüfung eingeführt und die Saisonarbeiter aus der Erwerbslosenunterstützung beseitigt hat?

Wer nicht die SPD, die Lohnsteuer mit eingeführt und die Höhe der Lohnsteuer veranschlagte? Die Bürgerblockparteien, die Demokratischen erklärten sich ausdrücklich für das Lohnsteuergesetz, weil dadurch die Regierung 100 Millionen Reichsmark und den Arbeitern 110 Millionen höhere Versicherungsbeiträge aufzubringen werden.

Wir Kommunisten sind für eine Arbeitslosenversicherung auf Kosten der Unternehmer und des Staates, eine Versicherung, die alle Arbeitslosen unterhält.

Vielleicht ist die Sozialdemokratie der Meinung, daß der Panzerkreuzer-Von-Dermann-Müller, die ... Millionen Fürstenausschüttungen, die Wagn und Severing verschwendet, oder der unter Severings Herrschaft eingeführte Gummi-Knüttel, oder die Panzerwagen, die von Herrn Grawert bestellt wurden, zu den „sozialen Errungenschaften“ der Arbeiterklasse gehören.

Nachdem die Sozialdemokratie selbst die von den Arbeitern 1918/19 erlängten sozialen Errungenschaften zum größten Teil abgebaut hat, will sie ihren alten Sozialisierungs-Schwundel von 1918-auf neue aufwärmen und den Arbeitern weismachen, daß es in Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien im Parlament möglich sei, allmählich in den Sozialismus hineinzurutschen. Jahrelang erklärte die SPD, die Arbeiterklasse müsse Opfer bringen, um ihren Staat zu verteidigen. „Staat greift zu!“ das war die Losung des Herrn Wels. Und die SPD-Leute wurden aus den Ministerposten hinausgeworfen.

Die Bourgeoisie war der Meinung, daß die SPD, als „Oppositionspartei“ zur Verhinderung der außerparlamentarischen Kämpfe nützlich sei als in der Regierung. Das Urteil des Staatsgerichtshofes und die Tolerierungsgespräche zwischen Papen und Tarnow und Straßer dienen nur der Verbreiterung der Basis der faschistischen Diktatur und der stärkeren Heranziehung der bayerischen Konterrevolution. Die SPD versucht, das Urteil des Staatsgerichtshofes zu benutzen, um den faschistischen Charakter der Regierungspolitik zu verschleiern.

Wir fragen die Vertreter der Sozialdemokratie:

Was wurde im Parteivorstand der SPD, beraten über die Tolerierung der Papen-Regierung? Ist es wahr, daß Mitglieder des Parteivorstandes eine Erklärung zu dem Kurs von Leipart, der offen auf die Tolerierung der Papen-Regierung feuert, verlangt haben? Hat Tarnow auf der Kundgebung des ADGB, offen erklärt, daß man dem Wirtschaftsprogramm der Papen-Regierung eine Chance geben müsse? Ist es wahr, daß Leipart erklärt haben soll, daß er an seiner Politik der Einordnung der Gewerkschaften in die gegenwärtigen Verhältnisse festhalte, selbst auf die Gefahr einer Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion?

Beitragenden nicht die Erklärungen von Braun über „reibungslos“ Zusammenarbeit mit der Regierung und seine Betuerung gegenüber der bürgerlichen Presse, daß sie mit größter Entschiedenheit gegen die Kommunisten kämpfen, die volle Uebereinstimmung mit der Politik Leiparts?

Wir fragen weiter im Namen der Gewerkschaftsmitglieder: Was hat Furtwängler mit Straßer verhandelt? Bisher hat die sozialdemokratische Presse jede Besprechung zwischen Furtwängler und Straßer beivieit. Aber jetzt muß Leipart selbst zugeben, daß Furtwängler und Straßer zusammen waren. In einem Interview (veröffentlicht in der „Berliner Volkszeitung“ vom 23. Oktober) sagt Leipart: „Der in diesem Zusammenhang genannte Gewerkschaftler Furtwängler habe nicht, wie behauptet wurde, mit Gregor Straßer verhandelt, sondern sich lediglich einmal mit Otto Straßer, den er zufällig in einem Lokal kennengelernt habe, unterhalten.“ Warum so schweigsam, Herr Furtwängler?

Das alles nennt die Sozialdemokratie dann Kampf um den Sozialismus. Mit „Gefehentwürfen“ im Reichstag, mit Einschüpfung

einer „Bankenkommission“, die ähnliche dicke Protokolle schreibt, wie die jetzt entschlafene Sozialisierungskommission für den Bergbau, mit der Gewährung von Subventionen an die Großindustrie kann man niemals den Sozialismus erlösen. Die Forderung der „Verstaatlichung“ hat mit Sozialismus nicht das geringste zu tun.

Wer Tolerierungsgespräche mit Papen führt, wer Streikfronten abwürgt, wer gegen den Generallstreik Stellung nimmt, ist ein Gegner des Sozialismus.

Die deutsche Arbeiterklasse muß aus den 14-jährigen Klassenkämpfen in Deutschland und aus dem Sieg der Diktatur des Proletariats und dem sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion die Hauptlehre ziehen, daß jeder Staat, in dem die kapitalistischen Eigentümer der Fabriken, der Banken und des Grund und Bodens sind, ein Staat der Kapitalisten zur Ausplünderung und Unterdrückung der Massen des wertvollen Volkes ist. Erst die Arbeitermacht, die die Fabriken, den Grund und Boden und die Banken entschädigungslos enteignet, kann den Werktätigen Brot und Arbeit sichern.

Siegreiche Einheitsfrontaktion

Unser Bestreben, unser Wollen geht darauf hinaus, die ganze Kraft der Arbeiterklasse in der Einheitsfrontaktion zusammenzufassen zum Massenkampf gegen die faschistische Diktatur. Ueberall, wo die Arbeiter einmütig zusammenstanden und gemeinsam kämpften, haben sie ihre Forderungen durchgesetzt.

Die Antifaschistische Aktion hat den faschistischen Mordterror zurückgeschlagen und die Einheitsfrontaktionen gegen den Rotterordnungs-Lohnabbau, die Streikbewegungen gegen jeden Fleinng Lohnabbau haben verhindert, daß die Rotterordnungslohne durchgesetzt werden konnten. Vor Wochen nach erklärte die sozialdemokratische Gewerkschaftsfraktion: In der Krise könne man nicht streiken. Weil die kommunistische Partei und die KGD mutig gegen diese sozialdemokratische Unterstützung der Unternehmerrückfälle kämpfte, wurden die Voraussetzungen für eine siegreiche Abwehr des Papen-Lohnabbaues geschaffen.

Durch die Einheitsfrontaktion der Arbeiter wurden die materiellen Forderungen der Arbeiter durchgesetzt. Waren es nicht ebenso die Massendelegationen der Erwerbslosen zu den Wohlfahrtsämtern usw., die Sonderunterstützungen und die kostenlose Ausgabe von Kohle und Kartoffeln durchsetzte? Sind es nicht die Mieterstreiks, welche die Senkung der Mieten, die Hausreparaturen usw. erzwingen? Ist es nicht die revolutionäre Massenbewegung der Arbeiter, die Ermittlungen verhindert? Das sind die Erfolge der Einheitsfrontaktion, zu der die kommunistische Partei die Arbeiterklasse aufgerufen hat. Aber die Sozialdemokratie wendet sich im Namen der staatlichen Ordnung gegen diese Arbeiterkämpfe und schreibt Briefe an ihren Hindenburg. Im Kampf gegen den Lohnabbau und für höhere Löhne, höhere Erwerbslosenunterstützung und gegen Mietwucher, gegen die Sondergerichte, gegen die Unterdrückung der revolutionären Presse wird die Einheitsfront der Arbeiterklasse immer fester geschmiedet, immer neue Massen der Arbeiter kommen zur kämpfenden Einheitsfront. So wächst das Heer und die Siegeskraft der Arbeiterklasse.

Das ist der Weg zum Sozialismus, das ist der Weg zur Verteidigung der Lebensinteressen der Arbeiter und aller Werktätigen. Der 6. November ist die Heerfahrt der Kräfte des Kommunismus.

Wenn die Papen-Regierung auf Wahlmüdigkeit spekuliert, so werden die Massen der ausgebeuteten Klasse Schlesiens und Oberschlesiens erst recht antworten: Wir wählen Kommunisten, Liste 3!

ff. Fleisch- und Wurstwaren
Paul Simon
Schwarzwaldstr. 10, Post-Landeshaus

Billiges Fleisch-Angebot!
Schweinefleisch m. B. Pfd. 0,60 Mk.
Schmalz m. B. Pfd. 0,55 Mk.
Schmalz ohne B. Pfd. 0,50 Mk.
Kaltfleisch Pfd. 0,80 Mk.
Kaltfleisch m. Käse Pfd. 0,75 Mk.
Kaltfleisch m. Käse Pfd. 0,50 Mk.
Kaltfleisch m. Käse Pfd. 0,45 Mk.
Kaltfleisch m. Käse Pfd. von 0,58 an
Kaltfleisch m. Käse Pfd. 0,90 u. 1. — Mk.

Adolf Weiß
Breslau 10
Mollkestraße 13
Fernruf 450 11

Achtung Bastler!

Leisten aller Art Tischfüße, Stabfüße, Möbelbeschläge, Polituren, Lacke, Sperrholz-Ausschnitt usw.

kaufen Sie am billigsten im Spezialhaus
Oswald Klotz
Breslau, Neumarkt 37

P. Gruber
Schweidnitz, Hohstr. 15
Damenputzgeschäft und Hutgeschäft

Schwarze Krähe
Wir haben des Krähe-Stühl neu übernommen und bitten um geneigten Zuspruch
Fritz Mastalerz und Frau
Sacrauer Bier
30 Ltr. 15 Pfg.
12 " 30 "
Kein Bedienungsgeld

Inserate
haben n unserer Zeitung
guten Erfolg

PROLETON Tonfilmbühne
Gabitzstraße 20
Höfchenstraße 49

Ab Freitag, den 4. 11. bis Donnerstag, den 10. 11.
Zwei Meisterwerke
Emil Jannings, Anna Sten
Stürme der Leidenschaft
und Jenny Jugo
Fünf von der Jazzband
Neueste Wochenschau!
Erste Vorstellung 4,30 Uhr, letzte Vorstellung 8,45 Uhr
Preise ab 30 Pfg. für Erwerbslose
Sonntag-Nachmittag Kinder-Vorstellung
Fünf von der Jazzband u. Tonbelprogramm
Arbeiter-Sport-Karteil

50% unter Preis
kaufen wir einen Fabrikposten
Kleider
Einmalige nie wiederkehrende Gelegenheit!
Modische Kleider für Herbst- und Winter
Serie I Serie II Serie III
Größe 40-48
1⁹⁵ 2⁹⁵ 3⁹⁵
Mengenabgabe vorbehalten - Fenster beachten
Tietz
Werbe Woche - Werbepreise
Bei Tietz finden Sie jetzt in allen Abteilungen riesige Posten vortrefflicher Winterware zu ganz niedrigen Werbepreisen. Jeder Einkauf eine Spargelgelegenheit.

Parteiloser Straßenbahner ruft zur Wahl der Liste 3

Bürgerliche Moral als Deckmantel für Ausbeutung von Arbeitern und Angestellten bei der Straßenbahn

Die Arbeiter sollen zu Kriechern und Denunzianten erzogen werden — Weg mit jeder Gefühlsduselei — Kämpft gegen die Antreiberei Jeder Straßenbahner stimmt für die Liste 3!

(Betriebskorrespondenz)

Breslau, Am 6. November geht das deutsche Volk zur Wahl, weil es heute noch in seiner Mehrheit glaubt, durch diese politische Willensäußerung seine Geschichte direkt beeinflussen zu können. Dieser Glaube wird von allen Parteien mit Ausnahme der NSD. gefördert, um die Massen des ausgebeuteten und geknechteten Proletariats zurückzuhalten von außerparlamentarischen Massenkämpfen. Selbst die heute noch in Deutschland entscheidenden Einfluss besitzenden Gewerkschaften des RDB. sind keine Organisationen, die die Initiative der Massen in außerparlamentarische Aktionen lenken, sondern diese Energien der Massen im Stimmzettel vergraben wollen. Mehr als ein Jahrzehnt ist es dieser Bürokratie gelungen, die Massen der Betriebsarbeiter zu täuschen durch das Betriebsratsgesetz, den Tarifvertrag, das Arbeitsgerichtsgesetz. Diese gekriechten Bürokraten wiegten die Arbeiterkassen in den Glauben, daß die breite Masse sich um betriebliche Dinge und die sich daraus resultierenden Verschlechterungen der Löhne und Arbeitsbedingungen nicht mehr zu kümmern brauche, sie sollten nur noch „richtig“ wählen. Unter richtig verstehen diese Leute die Wahl der von ihnen in „Freiheit“ dresseden Funktionäre zu Betriebsräten, Arbeitsrichtern und Lohnkommissionen. Zweifellos ist es ihnen dadurch gelungen, den Betrug von der Demokratie des Staatswesens einem großen Teil der Masse glaubhaft zu machen und so etwas wie den Schein einer Betriebsdemokratie zu erzeugen. Das Gesicht der Mehrheit der Arbeiter hatte sich deshalb von seiner ureigenen Angelegenheit, dem Betrieb, abgewandt. Das heißt, die Arbeiter haben den gewählten Funktionären ihre Angelegenheiten allein überlassen und diese Leute dadurch zu kleinen „Göttern“ oder Bogen gemacht, deren Wort allein nun gilt. Die Mehrheit der Arbeiterkassen aber hat in Verleugnung der Macht dieser Funktionäre sich als brave Staatsbürger bewegt und Kahl gebaut oder in irgendwelchen Vereinen sich glücklich ob der republikanischen „Freiheit“ vereint. Es ist nicht die Schuld der Arbeiterkassen, daß die Dinge so liegen, sondern all derer, die heute erneut das Geschrei von der „Demokratie“ erheben und somit den Versuch machen wollen, die Arbeiterkassen, welche sich beginnt von den lästigen Fesseln, „den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren“, freizumachen, wiederum zu betrogen.

Was geht in der städtischen Straßenbahn vor?

Diese einleitenden Sätze sollen den Straßenbahnern zeigen, warum solche Zustände, wie sie heute bei der Straßenbahn existieren, möglich waren. Ein Rundgang durch die Werkstätten der Straßenbahn zeigt uns folgende Tatsachen:

Kommt man nach Bahnhof V, so liegt gleich an der Straße das Betriebsratszimmer. Es ist leider nicht das Symbol der Masseninitiative der Straßenbahner, sondern ein Raum, dem die bürokratische Seele der Mehrheit des Betriebsrates sein Gepräge gibt. Ein Gang durch die Werkstätten zeigt die Jagd, in welcher sich die Arbeiter befinden, um ihr elendes Stückchen Brot nicht zu verlieren. Die Antreiber vom „Grähten“ bis zum „Kleinste“ stehen auf der Lauer, um einen dieser geknechteten Proletarier zur Straße zu bringen, falls er einmal etwas versteht.

Im Untergestellbau angelangt, fällt uns auf, daß wir den kleinen biden Obermeister Schaffer und sein Faktotum, den Vorarbeiter Piez, nicht erblicken können. Nach Befragen der Arbeiter erfahren wir, daß diese beiden Herren zu „besonderen Zwecken“ an anderer Stelle verwendet werden. Das Lächeln auf den Gesichtern der Arbeiter beweist, hier wird diesen „edlen“ Geschöpfen der Menschheit keine Träne nachgeweiht. Im Bereich des durch das Arbeitsgericht verhinderten „Obermeisters“ Weinert und seiner rechten Hand, des Vorarbeiters Glaska, wird uns erzählt, daß nach Fertigstellung der Krananlage der Unternehmer erkäufte, „für die Straßenbahnarbeiter etwas tun zu wollen“. Er muß wohl gesehen haben, wie die Arbeiter des Magistrats am Hungertuche nagen und gab dem Vorarbeiter Glaska 10 Mark zur Verteilung an die Leute. Die Art und Weise, wie Herr Glaska dieses Geld verteilte, erweckt allerdings den Anschein, als wenn dieses Geld, was ja nicht das erste gewesen zu sein braucht, für eventuelle an der Krananlage erscheinende Fehler, welche man schlechter durch Zehnmarkscheine sieht, gegeben wurde. Erst der Protest der Arbeiter veranlaßte diesen christlichen Vorschnie, auch ihnen etwas zu geben. Durch das Hämmern, Feilen, Schweißen und Rollen der Wagen erkönt leiste das Gemurre des Baurats Lüdde um seinen besten und lüchligsten Meister, den Obermeister Schaffer. Im stillen Räumlein reißt Herr Lüdde sich aber die Hände, und sein grinsen des Gesicht läßt die Freude erkennen, mit Schaffer einen weiteren Schritt in den Bereich seines Feindes, des Direktors Wutt, gelangt zu sein.

Während wir den Bahnhof V verlassen, haben wir die Erkenntnis, hier bemüht sich eine faschistische Vorgesetzten-Clique, die Arbeiter rückwärtslos auszubenten und zu knechten.

Aus den Gesichtern der Arbeiter aber war zu lesen, daß bald Schluß gemacht werden muß mit dieser christlichen Behandlung, daß Schluß gemacht werden muß mit diesem System der Kriecherei und schamlosen Ausbeutung, und daß das innere Auge beim Eintritt in die Werkstatt nicht mehr sieht das Symbol der bürokratischen, sozialfaschistischen Ideologie aus

dem Betriebsratszimmer leuchten, sondern das Symbol des revolutionären Massenkampfes.

Wir fahren jetzt nach Bahnhof IV. Hier erfahren wir von den Arbeitern, der Herr Obermeister Urbanke hat sich seit dem letzten NSD.-Artikel etwas das Astloch guden abgewöhnt, aber von den Wagenwäschern verlangt er das Unmögliche. Mögen die Wagenwäscher noch so sauber und schnell arbeiten, niemals ist es gut genug. Vielleicht liegt das an der Brille des Herrn Urbanke. Aus der berechtigten Erregung der Wagenwäscher bekommt man das Empfinden, als würde diesem Herrn einmal eine „blaue Brille“ angepaßt werden.

Wir müssen weiter und kommen nach Bahnhof I. Hier das Gleiche wie überall, gejahte und geknechtete Arbeiter. Wir sehen auch unseren Planeschmied, den Herrn Werkführer Bartsch, hier wieder. Unter den Arbeitern geht das Gerücht herum, daß dieser Herr mit dem Handfeuerzeug sich breiter machen will wie das Hemd und so den stolzen Obermeister Napi verdrängen will. Das Gerücht mag wohl seine Ursache darin haben, weil Herr Napi ein größeres Büro forderte und auch sonst noch manchmal mit Rücksicht auf seine Stellung Forderungen stellte und Ansichten vertrat, die dem Nationalsozialistischen Baurat Lüdde und dem Zentrumsrat Przbilla einfach nicht passen. Bartsch, früher einmal Betriebsrat, frommer Katholik und Zentrumsmann, ist so unteran der Obrigkeit, daß er diesen beiden Herren als noch besseres Objekt wie Napis ist, ersicht.

In Bahnhof VIII angelangt, stellen wir fest, hier hat vor kurzem eine Versammlung stattgefunden, die sich mit einem denunzierenden Nationalsozialisten beschäftigte. Dieser Bursche denunzierte einen Kollegen um nichts. Die Belegschaft verlangte mit Ausnahme der noch drei anwesenden Nazis einstimmig das sofortige Verschwinden dieses Burschen vom Bahnhof. Ein Beweis mehr, wie seit die Arbeiter gegen das faschistische Gesindel zusammenstehen. Der Nationalsozialist Baurat Lüdde aber darf sich freuen über diese Blüten deutscher Arbeiter, mit denen er ein neues Deutschland gründen will. Der eine Haut Penzin und der andere ist ein Denunziant übelerster Sorte.

Im Bahnhof VI herrscht Feststimmung. Dieser Tage soll Meister Faulstet sein 25jähriges Dienstjubiläum begehen. Cirka 36 Mark haben die Arbeiter gesammelt, um diesem Herrn, der es schon mehrfach durch seine Aussagen am Arbeitsgericht verstanden hat, Arbeiter um ihr Brot zu bringen, eine Freude zu bereiten. Gefühlsduselei hat die Arbeiter hier einen Köhler machen lassen.

Herr Faulstet wird dieses Geschenk seitens der Arbeiter als eine Prämie für seine arbeiterfeindlichen Handlungen betrachten und somit diesen Kurs verschärft fortsetzen.

Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns. Unser Kampf darf aber nicht unterbrochen werden durch solche Gefühlskramereien; deshalb Kampf zu jeder Stunde allen Arbeiterfeinden.

Wir haben nicht mehr viel Zeit und rutschen deshalb schnell nach einmal nach Bahnhof II. Aber was ist denn da für ein Lärm in der Halle? Mit dem Meister sind wieder einmal die Nerven durchgegangen und er tobt um nichts, denn wenn mit Sidel geknütt

werden soll, muß er welches liefern, nicht daß einzelne Gutmacher sich selber welches laufen. Hier auf dem Bahnhof treffen wir auch unseren lieben „Freund“ Piez. Seine „besondere“ Mission liegt darin, zu lernen, „wie man Bremsen reguliert ohne Achsbuchsdeckel zu verlieren“.

Nun treten wir noch auf den Platz hinaus, des Reiches der Plakatosonne, und da wird uns eine seltene „Arende“ zuteil; denn hier treffen wir den „tüchtigsten“ Obermeister der Straßenbahn, Herrn Schaffer, wieder. Aber wo ist denn der Plakmeister Wuttke? Die Arbeiter erzählen, daß Stadtrat Przbilla Wuttke zur Straße gebracht hat, weil er zu wenig Moral gehabt haben soll. Wir erfahren weiter, daß auch das Betriebsratsmitglied Guhr vom Plage verschwinden sollte, weil bei Herrn Przbilla ein Arbeiter mit dem Anfangsbuchstaben A. Guhr verleumdet hatte. Die Untersuchung ergab das glückliche dieser Behauptung. Ingenieur Feile ist auch fristlos entlassen worden. Er soll sich bei Unternehmern Geld zu bankmäßigen Zinsen geborgt haben. Das war der Grund, warum der Magistrat einstimmig seine Entlassung beschloß. Die Arbeiter haben Herrn Feile lieber mit den Kerzen als mit den Zehen gesehen; aber daß sich bei dieser Entlassung mit diesem Grunde der Angestelltenrat der Moralerei des Zentrumsmannes Przbilla anschloß, muß der Angestelltenchaft die Rückhaltlosigkeit ihrer Vertreter zeigen. Herr Schaffer, der auch ein frommer Katholik ist, bemüht sich nun, die Arbeiter zu Moralfakeln und damit zu Knechten der Verwaltung zu erziehen. Mit dem Schein der christlichen Nächstenliebe vermischt er die Arbeiter anzutreiben und „Ordnung“ in die Reihen zu bringen. Die Zeitung auf dem Plage sind aber in ihrer Mehrheit richtig und werden wohl Herrn Schaffer bald klar machen, daß Nächstenliebe nicht darin besteht, einen frommen Augenwischling zu haben, aber sonst jede Ursache zu benutzen, um die Arbeiter beim Panneleiter zu verpfischen, sondern in dem Zusammenhalten der Arbeiter und des Eintretens einer für den anderen.

Es ist 15.15 Uhr, die Arbeitszeit ist beendet, und wir müssen unsere Rundfahrt abbrechen.

Gefehen aber haben wir, daß überall, je nach der Methode des Meisters, die Arbeiter als Knechte betrachtet werden, und man glaubt, für die paar elenden Pfennige die Arbeiter wie eine Zitrone auspressen zu können. Aber nicht diese Meister sind die Hauptschuldigen, sondern jene, die all die Maßnahmen anordnen und die Führer der Arbeiterkassen, welche diese Maßnahmen dulden, ohne den Versuch zu unternehmen, den Kampf der Arbeiter dagegen zu organisieren.

Gefehen haben wir aber auch in dem Massenamtlich der Straßenbahner, daß sie gewillt sind in einheitlicher Front den Kampf gegen diese Maßnahmen und all diejenigen aufzunehmen, welche sich hindernd in den Weg stellen. Im Vertrauen auf sich selbst und nicht auf die reformistischen Führer, werden sie mitreißen alle sich noch auf dem Armege der „Demokratie“ befindenden Gemeindeglieder.

Am 6. November aber belunden die Straßenbahner durch ihre Stimmabgabe für die Liste 3, kommunistische Partei, demonstrativ, daß sie bereits den Weg des revolutionären Massenkampfes beschritten haben.

Arbeiter von Scheitrig, seid auf dem Posten!

Immer mehr versuchen die Nazis mit ihren Provokationen in den Arbeitervierteln die Arbeiter herauszufordern und dann niederzuschlagen. Am Mittwochabend hielten die Hitlergardien wieder eine ihrer Wahlversammlungen ab, anschließend an diese zog die Horde in zwei großen Lastkraftwagen, nachts 12 Uhr, durch Brigittenhof, hielten gegenüber der Woffede und gaben ihren Mitglieedern eine Instruktion. Danach führen die Autos nach der Innenstadt der Sternstraße zu. Arbeiter haltet die Augen offen vor dieser Nazipest.

Magistratische Arbeiter-Schule, Breslau. Die Vernichtung des Proletariats durch den drohenden modernen Giftgaskrieg, will der Imperialismus. Vernichtung des Proletariats, unschuldige Frauen und Kinder will der Kapitalismus durch den drohenden mordenden Giftgaskrieg. Wir rufen zum Zusammenschluß und Gegenstoß auf. Ueber dieses Thema findet am 4. November, abends 20 Uhr, ein Vortrag im Schulraum der Masch, Wallstr. 21, III. statt. Ein Fachmann spricht darüber.

Proleten-Wochenplan. Das neue Wochenprogramm vom Proleten weist zwei Meisterwerke der Tonfilmkunst auf. Robert Siodmal zeigt Enil Jannings in einer seiner besten menschlichen Rollen im Film „Stürme der Leidenschaft“. Die Partnerin von Jannings ist Anna Sten, eine Schauspielerin der russischen Filmkunst. Den Kinobesuchern sind beide Schauspieler sehr bekannt.

Das zweite Meisterwerk heißt: „Kinn von der Jazzband“ und ist vom Regisseur Erich Engel geschaffen worden. Bilder der neuesten

Wochenplan runden das gut zusammengehaltene Programm ab. Wer eine Unterhaltung für einige Wochen sich leisten kann, der gehe ins Proleten.

NSD. Janat-Ort. Vereinsversammlung heute Freitag, 20 Uhr, bei Tiege, Klosterstraße 136. Sehr wichtige Tagesordnung.

Richtigstellung. Der in der „Arbeiter-Zeitung“ am 10. Oktober, unter der Ueberschrift: „Betriebsräteverein und der Nazifizieren“; veröffentlichte Artikel, entspricht nicht den Tatsachen. Er beruht auf einem Irrtum unsererseits.

Öffentliche Versammlung des Kampfbundes gegen den Faschismus

heute abend 20 Uhr in Hoffmanns Festhölle, Pöppelwägr. 15/16. Es spricht der Reichsleiter Genosse Oskar Müller, NSD., Berlin, über:

Wer schafft Arbeit, Brot und Freiheit — Faschismus oder Sozialismus?

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Oskar Pöblich in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callam, Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Treibauer Straße 30.

Die Welt starrt in Waffen!

Ein neuer Krieg zieht herauf. Giftgas, Tanks, Bomben und Granaten sind die Argumente der Kapitalisten gegen die Sowjetunion, gegen sozialistischen Aufbau!

Legt den Kriegsverbrechern das Handwerk! Kämpft mit den Kommunisten! Heraus zur Revolutionsfeier am 9. November um 20 Uhr!

Orienta-Stern rauchen, heißt sparen mit Genuß!

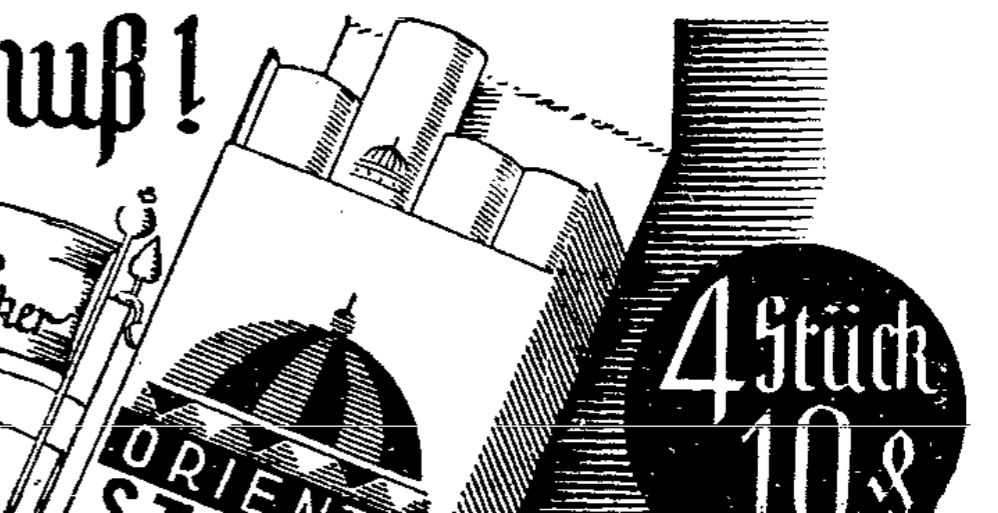
Genuß und sparen? das verbrug sich bisher schlecht. Aber jetzt gibt es schon für 2½ Pfennige die „Orienta-Stern“, eine Zigarette aus reinen Orienttabaken, mild aromatisch.

Auch Ihnen schmeckt

Orienta-Stern 2½

Mit Gold und Dick-Rund ohne Mundstück

Mit Soldatenbildern aller Völker



4 Stück 10

So müssen Arbeiterviertel in Schlesien aussehen!



Die Arbeiterschaft

muß in diesen Tagen durch einen Wald von roten Fahnen und Transparenten daran erinnert werden, daß Nichtwählen Hilfe für den Klassenfeind bedeutet. Jeder muß wählen — aber nur Liste 3 — KPD! Darum: in allen Straßen und Höfen:

Rote Fahnen heraus!

Die Kommunisten führend in der Wahlpropaganda

Die Werktätigen für die Liste 3 — Fahnen aus den Fenstern der Proletenwohnungen
Diskussionen an den Eissäulen — Die Schupo mit dem verhassten Transparent — Steigert die Agitation für den Sieg der Liste 3!

Breslau. In Breslau, dem „Kostwert des Südens“, herrscht Waffenschein auf den Straßen. Die Wahl drückt der Stadt den Stempel auf. Einmal ist, schließlich! Die Berge von Naziflugblättern sind verschwunden. „Die Fahnen zeigen...“ Unter dieser Überschrift sollen die Halbeskruzer glauben machen, als wenn sie dem Stadtrat ihre Gedächtnisse gäben wollten. Wer bei den vergangenen Wahlen den Breslauer Sünden durchstreifte, glaubte, daß das Mühlsteiner Hauptquartier der Halbeskruzer nach dem Suden Breslauer verlegt worden sei. Fast in der Mitte der Straßen im Süden Breslauer sah man die Halbeskruzer herausgeschmitten. Und heute? Schon die Halbeskruzer, die im vorigen Wahlkampf unter dem Halbeskruzer stand, sieht noch ganze zwei bis drei Hunderten. Genauso verhält es sich mit den anderen Straßenzügen im Süden, mit der Goethe-, Walle- und Schulstraße. Wer hat überhaupt im Süden die Halbeskruzer herausgehängt? Nicht die Bewohner der Mansardenwohnungen, sondern die Inhaber der Kneipen und Zechenwohnungen. Das sind die Mitglieder der Nationalsozialistischen „Arbeiter“partei!

In den Proletenvierteln herrschen die Fahnen mit Hammer und Sichel

Genau anders wird jedoch das Bild, wenn man in die ausproleten Viertel nach dem Süden und dem Westen kommt. Nicht aus den luxuriösen Kneipen und Zechenwohnungen, sondern aus den ärmlichen Behausungen der Proleten weht die Fahne des Sozialismus mit Hammer und Sichel. Die Propagandasäulen der Kommunisten zeigen gutes, schlagkräftiges Material gegen die Eugenberger, Papen und Hitler, aber auch Beweise der Herrschaft der SPD-Führer. Jene waren die Kommunisten da mit ihren Eissäulen; dann machten es die anderen nach. SPD, Nazis, und die schon fast erloschene SPD, stehen auf der Bildfläche. Nur zu! Uns kann es recht sein! Uns, den Arbeitern von morgen, gibt man in keiner gesellschaftlichen Verbindung das Wort — jetzt erhalten wir täglich tausende Breslauer Arbeiter in weiteren Diskussionen an den Säulen. Der Gegner hat sich selbst einen Streich gespielt. Ihr Herren bürgerliche und sozialdemokratische Theoretiker, ihre Nazis, Theoretiker, kommt einmal an die Säulen — die Arbeiter werden euch was erzählen! Hören wir, was sie sagen:

Diskussionsgruppe am Sonnenplatz. Witten drin ein Nazi, Mademiter, Schmitz, spricht sehr „gelehrt“. Der andere, ein ganz gewöhnlicher Prolet, Der Herr „Doktor“, in die Enge getrieben, sagt schließlich: „Das muß man ja sagen, mit euch Kommunisten kann man wenigstens sachlich diskutieren.“ Da ertönt ein Zwischenruf: „Mit Unternehmern? Aber ihr Schein verdammte viel Rednerkünstler zu haben: ihr schickt ja alle Kanonen von euch hierher!“

„Ich will Ihnen mal was sagen“, meint ein Kumpel, und haucht eine Kippe auf. „Ich bin doch ein ganz einfacher Prolet; ich bin ja gar nicht in der SPD, weil dort Mitgliederverträge ist. Was denken Sie erst, wenn hier gar erst ein Kommunist gestanden hätte, da hätten Sie erst recht keinen Platz für Adolf seine „Arbeiter“partei gewinnen können. Wir Klassenbewußten Arbeiter sind nicht auf Kommandogebot, Klempnerarbeiten und schöne Uniformen wart, wir lassen uns nicht von euch belächeln machen, sondern denken selber. Wenn eure SA anfängt, politisch nachzudenken, sind sie schon für Hitler halb verloren!“ Sprach und ging auf die Schanze. Der Schmitz war platt, die SA nachdenklich, die Proleten lachten.

Die Säule der SPD brach zusammen

Im Zentrum steht eine Säule der SPD. „Sozialistische Aktion!“ „Sozialisierung marschieren!“ „Nur eine einzige Säule zeugt von vergangener Pracht; auch diese, schon geborsten, kann hürzen über Nacht!“ Es durfte nicht erst Nacht werden, die Säule war eher weg, und das kam so: Die Diskussion wogte hin und her. Auf einmal sprang ein alter Prolet, dem man ein Menschenalter Kampf ansieht, die Umstehenden bewies:

„Seute steht ihr hier mit der Säule: „Die Sozialisierung marschieren!“ Wie war's denn 19, hä? Da stehen auch die Matrosen an den Säulen, auch solche Plakate! Und daneben steht ein Schild: „Wer weiter geht, wird erschossen.“ Da saß ein Matrosen-Soldat am MG. Einer von der Matrosen-Garde hat damals meinen Bruder erschossen und mich selber verwundet, wo ich doch in der SPD war und jahrelang im Verbands! Die „Sozialisierung der SPD“, den Schwindel kennen wir schon!“

„Wie war's denn jetzt im Hamburger Verkehrsring?“ ruft einer, „Und was hat nicht der Stender bei Pawel versucht, um den Streik abzumachen...?“ Und so geht es weiter. Ein Trommelfeuer der Empörung. Die SPD-Matrosen und Kameraden werden die Fragen nicht. Die SPD-Matrosen klopfen die Säule zusammen und trägt sie belämmert weg! „Nicht wearenen. Genossen, hergehört! Zu uns, zur roten Einheitsfront. Laßt die Matrosen, Laßt Stender und Kameraden über ihre Parolen verteidigen, ihr gehört zur roten Einheitsfront!“ Das wird ihnen noch nachgerufen, auch sie werden überzeugt werden.

Ich stehe an einer SPD-Säule in Unterhaltung mit einem Zehnjährigen. Ein SPD-Arbeiter mit Abscheu stellt sich dazu und sagt (er verkennt mich): „Du, Kollege, das sage ich dir, die Sache kommt bei mir gar nicht aufs Land. Wenn ich wählen gehe, dann diesmal Liste 3! Die SPDler sind in 18 Jahren noch nicht auf einen ersten Preis gekommen; deren Politik ist wie ein Vierpennigstück, beide sind keinen Zehner für die Proleten wert.“ Der Aufklärung war ich auch.

In einer Säule des NSD, am Striegauer Platz sind herrliche Bilder vom Aufmarsch der bewaffneten Roten Garden und der Roten Arbeiter- und Bauernarmee zu sehen. Ein härtiger Prolet steht davor. Eine ganze Weile schaut er hin, dann sagt er zu dem nebenstehenden Genossen vom NSD: „Siehste, wir haben auch die Waffen gehabt; haben sie uns abgeliefert, die Verräter, die SPD-Führer. Aber es kommt schon der Tag. Wenn wir sie werden wiederhaben, werden wir sie nicht mehr aus der Hand, und wenn sie uns totschlagen.“ Proleten, helft mir, daß die Massen in Bewegung kommen, reißt euch ein in den NSD. Der alte Kämpfer schrie sich auch ein.

Sowjetrußland steht im Mittelpunkt

Am Christophorplatz stehen Diskussionsgruppen vor der Anschlagssäule und betrachten das Rußlandplakat der Nazis. Die Halbeskruzer haben ihre Braunhösler vergeschickt, die furchtbare Mär über die Sowjetunion verbreiten. „Sie reden von den Verhältnissen in der Sowjetunion wie die Jungfer vom Hinderkriege.“ Alles blüht auf den Zwischenrufer. Der stellt sich als ein Gelehrtermann vor, dessen Sohn in der Union als Ingenieur tätig ist. Er gibt seine Adresse den Umstehenden und zeigt Briefe von seinem Sohn herum, die ehrlich die Verhältnisse im Vaterland der Werktätigen schildern. Dieses mutige Auftrizen macht großen Eindruck. Die Antisowjetiker haben sich verkrümel.

Wie es kam, daß die Schupo ein Blakat für die Liste 3 durch die Straße trug

Im Westen gab's am vergangenen Freitag eine revolutionäre Sensation, die in aller Proleten Runde war. Kommen da in der Mittagszeit zwei Leute und stellen ein riesiges Transparent, 250 Meter hoch, in der Friedrich-Wilhelm-Straße auf. Auf einem Rand wird das mit zweifeln befechtigte Papier abgerissen und unter der harmlosen Lösung des Ledblattes kommt der böse Charakter des Kiewenschildes zum Ausdruck. Dort stand mit großen Buchstaben:

„Papen führt den Krieg der Reichen gegen die Armen!“
„Kapitalistische Aufrüstung heißt größere Ausbeutung und Anrechtshaft für die Werktätigen!“
„Höstermann und Hitler stützen Papen und sind für Aufrüstung!“
„Der nicht zu verbietende Note kämpft für die Wehrhaftmachung der werktätigen Waffen!“
„Nagt das Ausbeuterpad zum Teufel!“
„Die wehrhafte Arbeiter- und Bauernrepublik bricht Kapitalistenjoch und Ketten von Versailles!“
„Krieg dem imperialistischen Kriege!“
„Es lebe die Rote!“
„Wählt Liste 3!“

Sofort blieben die Proleten vor diesem Transparent stehen. Schmunzelnd betrachteten sie die Parolen und brachten ihre Zustimmung zum Ausdruck. Ein jüdisch aussehender älterer Herr mit Schnurrbart, „Es ist erreicht“ meinte: „Da sehen Sie ja, die sind da, die haben sie nicht ausrotten können. Da werden wir von denen noch allerhand erleben!“ Ein dürrer Fräulein mit Hakenkreuz: „Nein, so eine Freiheit, und so was passiert, ohne daß die Polizei einschreitet.“ Das Auge des Geistes aber traf schon nach einer halben Stunde ein. Der einzelne Schupo betrachtete gemessen das „öffentliche Vergehen“ und die angewandte Menschenmenge. Ein Prolet sagte: „Die Kerle die gefallen mir. Die Vergen sind nicht totzukriegen. Überall haben sie gemalt!“

Unterdessen war die Polizeigewalt durch einen Beamten verstärkt worden. Nach einiger Zeit kam ein Offizier mit mehreren Beamten aus der Wache. Das Transparent wurde verhaftet und zur Wache getragen. Die Republik war durch die Unficht und Tatkraft der Polizei gerettet.

Am ich im Süden eracht es Hitler's „Arbeiter“partei. Sie kann sich vor der „Liebe“ der Arbeiter und Volksgenossen kaum noch retten. Im Hause Lemaalstraße 19 haben sie eine Nazikaserne eingerichtet. Diese Kaserne steht mitten im Proletenviertel. Da müßte doch die „Arbeiter“partei am besten aufgehoben sein. Weit gefehlt! In diesem Hause ist es bloß die Familie Wels, die zu den Nazis hält, weil sie in dieser Kaserne die Köchin macht und wahrscheinlich einige Proleten für sie abfallen. Diese Arbeit, der SA etwas Subpe zu machen, scheint eben angenehmer zu sein als wie Lumpen sammeln zu gehen. Aber wie diese Partei geachtet ist, geht daraus hervor, daß sie vom Hauswirt verlangt daß die Griffe von den Flurten abgenommen werden und daß man schließlich die Flurtenfenster „angele“, was auch gemacht wurde, weil die Nazisorden durch den Hof in das Hinterhaus gehen müssen. Sie haben anscheinend Angst, daß ihnen, so wie in der Matthiasstraße, zur Begrüßung nicht nur die Blumen, sondern auch noch die Töpfe auf die germanischen Schädel fliegen. Die Arbeiter im Hause Lemaalstraße 19 haben sich bereits begehrt und verlangen die Beilegung der Nazis. Die Proleten sollen auch noch das Wasser für diese braunen Mordgeißeln bezahlen.

Ein anderer Beweis, wie sehr sie beliebt sind bei den Arbeitern, zeigte sich vor dem Betrieb Dorn Dorf-Langermann. Dort verteilten die Nazis an die Belegschaft die Flugblätter. Aber zugleich hatten sich die Flugblattverteiler eine ganze Kompanie SA-Leute mit Anspinnen mitgebracht zum Schutze. Aber die Arbeiter warfen die Flugblätter in den Dred. Stoßweise lagen sie vor dem Tor. Auch eine sichtbare Quittung der Proleten an die NSD.

Die Liste 3 muß das Straßenbild beherrschen!

Wohl beherrschen in den Proletenvierteln die Fahnen mit Hammer und Sichel die Straßen. Aber das ist noch zu wenig. In den letzten Tagen muß noch Vieles nachgeholt werden. Das gesamte Straßenbild muß von der Liste 3 beherrscht werden. Es gilt vor allen Dingen, die Wahlmüden aufzurütteln! Viele Proleten sind verbittert, erklären, daß sie nicht mehr zur Wahl gehen. Die revolutionären Arbeiter müssen alle Kräfte anspannen. Alle Werktätigen, alle Unterdrückten müssen zur Wahlurne schreiten. Nicht aus dem Grunde, daß etwa diese Wahl für sie eine Entscheidung bringen wird. Eine Wahl kann niemals die Entscheidung über die Freiheit der unterdrückten Klasse bringen. Die Wahl ist nur eine Musterung der Kräfte.

Jede Stimme für die kommunistische Partei, für die Liste 3 bei der Wahl ist das Bekenntnis, daß diese beherrschende kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durch die sozialistische ersetzt werden muß. Die Stimmabgabe für die Liste 3 bedeutet aber zugleich das Bekenntnis zum Kampf für den Sozialismus, weil durch die Abgabe eines Stimmzettels kein Sozialismus erreicht werden kann.

Kein Werktätiger darf der Wahl fernbleiben. Die Ausbeuter spekulieren darauf, daß die Massen gleichgültig werden, daß sie sich um nichts mehr kümmern und den Unterdrückten freies Spiel lassen. Das darf nicht sein. Jede Gleichgültigkeit hilft der Reaktion, und jeder Werktätige, der nicht zur Wahl geht, entscheidet sich damit für die Kapitalisten und ihre Helfershelfer, entscheidet sich für Papen-Hitler.

Kapitalisten und Lataien können den werktätigen Massen nichts anderes als Hunger, Not, Verzweiflung und Barbarei bescheren. Darum muß der letzte Werktätige zur Wahl gehen und sich für den revolutionären Ausweg, für den Kampf und damit für die Liste 3 entscheiden!

Sondergerichtsprozeß gegen Nazi-Bombenattentäter

**Memörder Heines heßt braune Mordkolonnen auf wehrlose Arbeiter — Zahlreiche Überfälle auf Arbeiter und wehrlose Arbeiterfrauen
Polizei ist vollkommen machtlos und überläßt den Faschisten die Straße — Protestdemonstrationen der Arbeiterschaft gegen den Mordterror**

Schweidnitz, 3. November. Seit heute früh steht Schweidnitz unter einem beispiellosen Terror der Heines-Mordkolonnen. Schweidnitz gleicht einem braunen Meer. Schon am frühen Morgen kamen die SA-Leute auf Fahrrädern, Motorrädern und Lastautos angestrichelt. Aus Waldenburg ist ein großes kommando Schutzpolizei eingetroffen. Vermittags beherrschten die Nazis die Straße vollkommen.

Bereits in der 6. Stunde wurde am Bahnhof eine Arbeiterfrau von etwa 20 Banditen überfallen und Viehisch mißhandelt.

Auf dem Markt wurden die beiden antifaschistischen Arbeiter Streikführer und Ziolla, die mit einem Transparent über den Markt gingen, zu Boden geschlagen. Dem Arbeiter Kreißler stahlen die Faschisten die Mütze, warfen ihn zu Boden und trampelten mit den Füßen auf ihm herum. In der Niederstadt haben etwa 100 SA-Leute zwei Reichsbannerarbeiter überfallen und in der gleichen Weise mißhandelt, auf dem Ring wurde eine zweite Arbeiterin geschlagen. Die Leibwache des Memörder Heines fährt mit einem eigenen Überfallauto durch die Straßen. Sobald sich irgendwo ein antifaschistischer Arbeiter sehen läßt, wird gehalten, runter vom Auto und ein Dugend SA-Leute stürzt sich auf den Arbeiter.

Die Polizei ist vollkommen machtlos, ja sie mußte sich sogar in einigen Fällen gegen die Angriffe der SA-Strolche zur Wehr setzen. Arbeiter wurde von der Polizei Schutz vor angreifenden SA-Leuten verweigert.

Auf der Anklagebank sitzen:

Memörder Edmund Heines, Handlungsgeselle Erich Wagner aus Reichenbach, Kraftfahrer Herbert Polkomski aus Breslau, Wehrsportführer Staats aus Fürstentum, Standartenführer Kauscher, Dpernjäger, aus Gützmansdorf, Leutnant A. D. Gagn aus Breslau, Kreisleiter Podoski aus Hindenburg steht und schickte ein ärztliches Attest, daß er an einer „akuten Blinddarmerkrankung“ leide und nicht mit der Bahn fahren könne.

Die Anklage lautet auf Mordversuch und verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen. Bei Heines, Gagn und Staats dagegen nur wegen „wissenschaftlicher Bestandsleistung“ zur Straftat gezeichnet.

Razvertetbiger Luetzabrunne protestiert dagegen, daß Poeschle als Nebenkläger zugelassen wird. Hier stritten sich Staatsanwalt, Verteidiger und Nebenkläger eine Stunde auf die Zulässigkeit dieses Protestes.

Der Kraftwagenführer Polkomski aus Breslau bestritt zuerst eine Beteiligung an dem Bombenattentat in Reichenbach. Nachdem er sich wiederholt in Widersprüche verwickelt hat, kommt allerhand von dem ganzen Schwindel heraus, so daß ihm zum Schluß eine ziemlich große Beteiligung an der Tat nachgewiesen wird.

Polkomski ist ein Kerl, der alle fünf Minuten etwas anderes auszusagt. Er hat bereits in der Untersuchungshaft mehrere Geständnisse abgelegt, die er heute sämtlich widerrufen möchte. Sonderbar Methoden hat hier die Kriminalpolizei angewendet. Hier hat sich Kriminalkommissar Jadenkoll besonders hervorgetan. Jadenkoll hat sich dem Polkomski vorgestellt: „Ich bin der Oberführer von München, mit dem ich du alles sagen, Herbert.“ Auf diesen Dreh ist Polkomski hereingefallen und hat dem Kriminalkommissar alles verzerrt. Als Gegenleistung erhielt Polkomski vom Kriminalkommissar Bonbons und Zigaretten. Heute versucht er nun vergeblich das einmal zu Protokoll Gegebene abzuleugnen. Nachdem der Vorsitzende seine verständlichen Geständnisse vorgelesen hat, kommt folgendes heraus:

Polkomski erhielt telephonisch den Auftrag, eine Fahrt über Schweidnitz nach Breslau zu machen. Über seine Begleiter macht er verschiedene Angaben und will sich darauf nicht mehr entsinnen können. In Schweidnitz hat er einen unbekannten Mann mitgenommen, der ein großes Paket bei sich hatte. Auf die Frage des P., was in dem Paket sei, erklärte dieser:

Es ist eine Bombe, die ist für Jänke!

Jänke stieg dann dazu und sagte dem P.: „Wir wollen dem Poeschle einen Schreck einjagen, damit er von Reichenbach wegmacht. Poeschle habe in der Zeitung durch seine Artikel dauernd die SA beleidigt.“

Vor Reichenbach wurde dann mit dem Auto angehalten und die Bombe von Jänke fertiggemacht, die Zündschnur daran befestigt usw. Polkomski erhielt den Auftrag, mit dem Auto in Reichenbach an einer bestimmten Stelle auf dem Pulverweg zu warten. Als Poeschle bereits auf dem Wege zum Aufstellungsort der Attentäter war, stellte Jänke fest, daß er die Streichhölzer zum Anzünden vergessen hat. Der Angeklagte Wagner rannte schnell ins Lokal „Deutscher Kaiser“ und kaufte dort Streichhölzer. Dabei hatte es Wagner so eilig, daß er vergaß, sich vom Gastwirt das Wechselgeld mitzunehmen. Jänke stellte sich nun in die Nähe der Sganage und brannte die Zündschnur an, um auf Richtung Poeschle zuzugehen. In diesem Moment gab es einen lauten Knall und Jänke stürzte sich in seinem Blute. Diese feigen Taten hatten nun nichts eiligeres zu tun, als wie ins Auto zu verschwinden und wie verrückt davonzufahren. Jänke überließ man seinem Schicksal. Am nächsten Morgen gingen nun Polkomski und Wagner zum Gruppenführer Memörder Edmund Heines ins braune Haus. Polkomski sagt aus, daß er den Eindruck gehabt hätte, als ob

Heines schon von dem Vorfalle unterrichtet

gewesen sei. Polkomski hat Heines, daß er ihn doch wegbringen möchte. Nach Rücksprache Heines mit seinem Stabschef Gagn wurden beide nach Fürstentum auf die Wehrsportschule abgeholt. Heines hat Polkomski Geld gegeben. Schon am nächsten Tage wurde P. von einem ihm „unbekannten“ Motorradfahrer abgeholt und über Waldenburg nach Reichenbach gefahren. Dort erhielt er bei Hauptmann Müller ein Zimmer und wurde als Verwandter ausgegeben. In einem dort wohnenden älteren Fräulein mußte P. „Tante“ sagen. Frau Müller ging mit dem P. zum dortigen Amtsvorsteher und stellte diesen dem Amtsvorsteher vor: „Das ist mein Nefee Herbert Schmidt“ und verlangte von dem Amtsvorsteher einen Grenzausweis für Polkomski alias Schmidt. Vom Standartenführer Staats, der wegen Begünstigung angeklagt ist, erhielt P. die strengste Anweisung, immer Vorhut zu üben. Als P. wieder etwas abstreiten will, legt ihm der Vorsitzende eines seiner Geständnisse vor, das besagt: „Ich gebe die mir zur Last gelegten Straftaten in vollem Umfange zu.“

Jetzt kam es zu einem kleinen Zwischenfall. Verteidiger Luetzabrunne ersuchte den Gerichtsvorlesenden, das Zeichnen und Photographieren im Gerichtssaal zu verbieten. Der Vorsitzende erließ einen davorigen Beschluß.

Als zweiter Angeklagter sagt Wagner aus: Ich trat mich mit dem Jänke im Café Hanich. Jänke fragte mich dort, ob ich um 24 Uhr Zeit hätte. Da ich erst ablehnte, schimpfte er mich einen Schweinehund, worauf ich sagte. Ich holte dann die Streichhölzer. Als es es knallen hörte, stieg ich vor Schreck ohne Überlegung mit in das Auto ein und fuhr mit nach Breslau. Am nächsten Tage meldete ich mich mit Polkomski im Braunen Hause bei Heines und fragte dort nach einer Stellung, die wir Heines auch zusagte. Auch ich wurde nach Fürstentum überwiesen. Noch in der Nacht kam von Obernitz mit dem Auto und sagte mir, daß gegen mich ein Haftbefehl

erlassen worden ist. Ich erklärte mich bereit, mit von Obernitz nach Reichenbach zur Polizei zu fahren und mich dort zu stellen. Der Vorsitzende liest eine Stelle aus einem Brief des Wagners an seine Eltern vor:

„Wenn die Stimmung am verzweifeltsten, dann denke ich an den Führer Heines, mit dem ich zwei Stunden gesprochen habe!“

Er liest weiter einige Stellen eines Briefes vor, den Graf Spreti dem Wagner ins Gefängnis geschickt hat. „Der Führer läßt dich herzlichst grüßen.“ Hier riß Wagner die Seiten zusammen.

Im Zuhörerraum sagte ein SA-Mann: „ Bravo.“ Er wurde deswegen aus dem Gerichtssaal verwiesen. Da er beim Herausgehen wieder den Arm hob, wurde er zurückgeholt und das Gericht verhängte eine Ordnungstrafe von 20 Mark oder zwei Tagen Gefängnis. Es handelt sich um den SA-Mann Hans Walter Kossel aus Schweidnitz, Gartenstraße 18. Kossel ist ein Provokatör allererster Sorte. Er übete die Pressevertreter an und bot diesen Prügel an. Als das Gericht sich zur Beratung wegen der Ordnungstrafe zurückgezogen hatte, verübten Heines und Kossel im Gerichtssaal ein widerliches Theater. Heines sprach dem Kossel seinen Dank aus für das fesselhafte Benehmen.

Als ein Pressevertreter den Gerichtssaal verlassen wollte, befahl Heines dem Kommissar Laumann aus Schweidnitz, diesem sein Sitzgürtel abzunehmen. Gehorham führte der Polzeikommissar diesen Befehl von Heines durch.

Memörder Heines bestätigt seinen Mordbefehl

Hoher Gerichtshof! Es gehörte kein Befehl dazu, Menschen gegen Poeschle zu heßen. Meine Überzeugung ist die, Poeschle gehört auf die Anklagebank. Poeschle ist für mich nicht maßgebend. Ich habe bereits eine ganze Menge Privatklagen gegen Poeschle eingereicht. Man muß sich die Zeit betrachten, wo dieser Vorfall passierte. In Reiche Schweidnitz wurde Kamerad Härtel von marxistischen Nörden ermordet. Die Situation wurde von den Gegnern auf den Siebepunkt getrieben. Ich erinnere an Ohlau: 2 Tote, 20 Schwerverletzte. Ich kann es verstehen, daß dieser rote Terror Mut erzeugt. Ich erkläre offer:

Ich habe schriftlich und mündlich befohlen, daß jeder Sturm aufgelöst wird, der sich nicht wehrt, daß gleichfalls jeder SA-Mann ausgeschlossen wird, der sich nicht den roten Nörden entgegenstellt. Ich betrachte die Terrorakte vom sozialistischen Gesichtspunkte als sehr richtig!!!

Von den Reichenbacher Vorgängen wußte ich nichts, habe vielmehr erst durch die Presse davon erfahren.

Stabsführer Gagn hat nichts zu den ganzen Vorfällen zu sagen. Er grinst während der ganzen Verhandlung und weiß natürlich nichts. Damit war die Vernehmung der Angeklagten beendet. Der Prozeß wird aller Voraussicht nach bis einschließlich Sonnabend andauern. Am 13. Uhr hatte das Gericht eine einstündige Mittagspause eingelegt. Als Heines vor das Gericht trat, verduftete er sich in das dichteste Gewühl der SA-Strolche. Dort hielt er eine gemeine, aufreizende Ansprache. Unter andauerndem „Deutschland ermale!“ Gebrause zogen die Strolche mit Heines an der Spitze zum „Hotel Goldene Krone“. Die Polizei schritt nicht ein. Nachdem auf dem Ring noch genügend Stroh gemacht worden ist, begab sich Heines zu einem fetten Mittagssnack ins Hotel, während die SA, von ihm genügend aufgepuscht, neue Terrorakte ausführte. Dabei kam es zu schweren Zusammenstoßen mit der Polizei.

Wir berichten morgen weiter. Auf die wesentlichen Punkte werden wir am Schluß des Prozesses in einem besonderen Artikel zurückkommen.

Nachmittags wurde in den Straßen ein Flugblatt verteilt, wo die Schweidnitzer Arbeiterschaft auf die Straße gerufen wird, um

Im weiteren Verlauf der Vernehmung des Wagner erfuhr man auch etwas über die Funktion des verstorbenen Jänke. Jänke war Kreisnachrichtenleiter. Er hatte in dieser Funktion den Auftrag, die gegnerischen Organisationen, Funktionäre und Zeitungen zu beobachten.

Wagner nahm an, daß seine Partei bezerrigte Attentate bede, weil bei den Königsberger Attentaten die Täter auch nicht von der Partei gemögelt wurden.

Der Angeklagte SA-Mann Walter soll der Unbekannte sein, der die Bombe nach Reichenbach gebracht hat. Walter bestreitet und macht weiter keine Angaben.

Standartenführer Staats hat den Lehrgang in Fürstentum am 6. August übernommen. Die beiden Angeklagten Polkomski und Wagner seien zu ihm gekommen mit einem Brief mit unleserlicher Unterschrift: „P. und W. werden zum Lehrgang kommandiert.“ Nachts kam Obernitz und holte Wagner mit dem Auto ab. Als er nun erst angeblickt erfuhr, was es mit den beiden für eine Verwandnis habe, gab er Polkomski den Auftrag, sich Schmidt zu nennen, damit er nicht in die Angelegenheit verwickelt würde. Das zur Tat benutzte Auto, welches zuerst in der Garage des Grafen gestanden hatte, ließ er in das Feuerwehredepot überführen. Er begründete das mit den Worten: „Man hat auch SA-Leute, die nicht so sind, wie sie sein sollen.“ Staats bezeichnete das Attentat als „groben Unfug“. Staats ist ein Schulkamerad von v. Obernitz. Der Angeklagte, Dpernjäger Kauscher machte keine besonderen Angaben,

Arbeiterleben und Eigentum zu beschlügen. Gegen Abend fand eine starke Demonstration der Schweidnitzer Arbeiterschaft statt. Die Schweidnitzer Arbeiterschaft wird nicht eher zur Ruhe gehen, als bis die braunen Mordkolonnen aus Schweidnitz verschwunden sind.

Hamburger Proletariat jubelt Thälmann zu

Die größten Säle brechend voll

Hamburg, 4. November. (Sig. Drahtber.) Lange vor Beginn der Thälmann-Kundgebung waren die größten Säle Hamburgs brechend voll. Laufende fanden keinen Einlaß mehr. Die Polizei hatte die Straßen um Sägebühl abgsperrt. Die Kundgebungen sind die weitaus größten, die irgend eine Partei während des ganzen Wahlkampfes zustande gebracht hat. Am Eingang der Säle haben sich Betribs- und Fahnenbelegationen aufgestellt. Die Kundgebung beginnt mit dem Einmarsch der Fahnen- und Betribsdelegationen. Als der Genosse Thälmann gegen 9 Uhr in Sägebühl erschien, wird er mit brausem Jubel und minutenlangen Ovationen der begeisterten Massen empfangen. Inzwischen stauten sich in den großen Sälen der Ausstellungshalle und Ernst-Merk-Halle ebenfalls die Massen.

Der letzte Appell der Bezirksleitung!

macht alle unteren Einheiten der Partei zur Organisation der Arbeiten zur Fortführung der Einheitsfrontaktion!

Der Sitzvertrieb ist Werkzeug und Waffe unserer Agitation, und Propaganda — wendet ihn praktisch an, ihr erleuchtet euch damit die Arbeit!

Planmäßiger Überfall durch SPD.-Kollkommandos auf Breslauer Erwerbslose

Mit Lügen und Heße gegen die SPD. versuchen sie ihre Schandtaten gegen die Erwerbslosen zu verdecken — SPD.- und UDB.-Führer rufen Polizei!

Breslau, 4. November. Die gestern vormittag im Gewerkschaftshaus von der Sozialdemokratie und dem UDB. einberufene Erwerbsloserversammlung wurde nur denigt, um Wahlreden, gespickt mit Lügen und Heße gegen die SPD., vom Stapel zu lassen. Die längst widerlegten lügerischen Behauptungen, wie: „Ohne Thälmann kein Hitler“ mußten herhalten, um die erschienenen Erwerbslosen vor den Wahlfarren der Hindenburg-Sozialisten zu spannen. Die Redner hatten eine wahre Programmfeststellung gelassen. Erwerbslose Kollegen, die sich zur Geschäftsordnung melbeten, um zu beantragen, daß nach dem Referat eine Diskussion zugelassen werde, wurden abgewiesen. Die sozialdemokratischen Führer, die ein gerilltes Maß Schuld an dem ungeheuren Erwerbsloseneleud tragen, hatten es vorgezogen, nicht Rede und Antwort zu stehen; sie hatten in ihren Reden den Erwerbslosen nicht gesagt, wie man erfolgreich gegen weiteren Unterwürigungsabbau, für eine wirk-

liche Winterhilfe kämpfen müsse. Sie buhnten nur um die Stimme der hungernden Kollegen, um weiter Arz am faulenden Kapitalismus spielen zu können.

Daß die sozialdemokratischen Führer einen Überfall auf die revolutionären Erwerbslosen planten, geht daraus hervor, daß man Kollkommandos bereitgestellt hatte. Als der letzte Redner zur Wahl der Liste 2 aufstie und aus der Mitte der Versammelten Gegenüber „Liste 2“ entgegenerschallte, wurden die Kollkommandos gegen die Außer eingeleitet. Es kam hierbei zu einer Auseinandersetzung, weil die Erwerbslosen nicht gewinkt waren, von diesen gedungenen Elementen der Bürokratie sich nichtertüppeln zu lassen. Die Gewerkschaftsführer hatten die Polizei rufen lassen und ein Überfallkommando, das im Gewerkschaftshause erschien, trieb die Erwerbslosen auseinander.

Wir antworten am Sonnabend, 11 Uhr, im „Schießwerder“

Der Erwerbslosenauschuß hat auf Grund der ständalösen Vorfälle im Gewerkschaftshaus, die von den Gewerkschaftsführern provoziert wurden, eine Versammlung der Breslauer Erwerbslosen nach dem großen Saal des „Schießwerders“ für Sonnabend vormittag 11 Uhr einberufen.

**Thema: Wer vertritt die Forderungen der Erwerbslosen?
Antwort auf die Versammlung im Gewerkschaftshaus!**

Es sprechen:

**Der Führer der Kommunistischen Partei Schlesiens, Landtagsabgeordneter Genosse Sandtner
und der Führer der schlesischen Erwerbslosenbewegung**

Wir fordern SPD.- und UDB.-Führer auf, in der Diskussion ihre Schandtaten vor dem Erwerbslosenrat zu vertreten. Wir sichern ihnen Redezeit! Zur Deckung der Unkosten werden 5 Pfennige erhoben.

Erwerbslose Breslaus! Der Erwerbslosenauschuß, der stets eure Interessen wahrgenommen hat, ruft euch auf in Massen aufzumarschieren!

Wilhelm Pieck Kampf im Waldenburger Hungerland

Nachdem die in Waldenburg und Dittersbach versammelten Massen durch den Mund des Genossen Pieck mit klarem Bewusstsein die Gründe des Scheiterns der kommunistischen Partei und des Genossen Ernst Thälmann entgegengenommen hatten, stellte der Genosse Pieck fest, daß die überfüllten Versammlungen und die vorherrschende Begeisterung eine Anerkennung der großen Arbeit, die die kommunistische Partei mit Ernst Thälmann an der Spitze im Interesse der Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterklasse zum Kampf gegen das verfaulende kapitalistische System für den Sozialismus geleistet hat, darstellt. Ihr Bergarbeiter und Textilarbeiter, Angehörige von Kleinrentnern und kleinen Beamten, ihr alleingewerbetreibenden im Waldenburger Revier habt unter dem jetzt überall herrschenden Hunger, unter der großen Not, besonders stark zu leiden.

Wie kommen wir heraus aus diesem Elend? Wo ist ein Weg?

Dies ist heute die große Frage, die von allen Hungernden gestellt wird. Die Lage des wertfähigen Volkes ist katastrophal. Zu dem wertfähigen Volk gehört nicht nur die Arbeiterklasse, dazu gehören die Un- und halbarbeiter, kleinen Beamten, die alleingewerbetreibenden und das notleidende Landvolk. Das sind 95 Prozent der gesamten deutschen Bevölkerung. Wie ist es möglich, daß diese große Mehrheit von einer kleinen Minderheit derart ausgebeutet, geknechtet und der Verelendung preisgegeben werden kann? Es sind alle die bürgerlichen Parteien und vor allem die Sozialdemokratie, die ihren Einfluß unter der Arbeiterklasse und den Wertfähigen dazu benützen, um jede Gefahr von dem verfaulenden kapitalistischen System abzuwenden. In Deutschland verüben täglich Mordtaten aus Not Selbstmord. Diese Mordtaten sind die schärfste Anklage gegen das kapitalistische System und alle jene, die dieses System verteidigen. Wir sagen den Wertfähigen: Nicht flucht aus dem Leben, sondern Kampf um dieses Leben ist der Weg, den jeder gehen muß. Wenn jemand vernichtet werden soll, dann nur der Kapitalismus! (Stürmischer Beifall!)

Papen hat den Auftrag erhalten, die Wirtschaft anzukurbeln. Damit ist aber nicht die Wirtschaft der breiten Massen, sondern die Wirtschaft der Kapitalisten gemeint. Was Brüning mit Hilfe der Sozialdemokratie angefangen hat, das versucht Papen brutal weiter zu führen.

um den verfaulenden Kapitalismus am Leben zu erhalten.

Papen reist überall im Lande umher, er spricht vor den Unternehmern, vor den Industrieherrn und Junkern. Niemals mag er sich vor die wertfähigen Massen stellen. Sollte er sich bei diesen einfinden, so würde ihn ein Sturm der Empörung hinwegjagen. Papen kann kein Programm im Interesse des Großkapitals gegen die Wertfähigen aufstellen, wenn die Massen nicht halten. Die Massen haben dies nicht mit sich. Papen kurbelt gegen seinen Willen eine Fehlwirtschaft an, wie sie durch Deutschland schon lange Jahre nicht mehr ging. Die Arbeitermassen haben dabei eine große Erfahrung gemacht. Die Gewerkschaftsführer sagten immer, „in der Krise kann man nicht fliehen“.

Jetzt auf einmal streikten zehntausende Arbeiter in Hunderten von Betrieben.

Trotz der Krise war es möglich, den größten Teil dieser Streiks gegen den Schwachen Kapitalismus zu beenden. Die Erwerbslosen standen überall den Streikenden solidarisch zur Seite. Die Streikbewegung war von Arbeitern, das kann die Niederlage sicher ist, wenn die Gewerkschaftsführer den Streikenden in den Rücken fallen, indem sie die Streikenden vermitteln und die Arbeiter gegeneinander ausspielen. Die Streikbewegung ist jetzt das entscheidende Mittel, um den Hungerkuren umzuwenden zu machen.

In einer Kundgebung der Gewerkschaften in Berlin erklärte Brüning, dem Papen-Programm müsse man eine Chance einräumen. Damit erklärte sich die Gewerkschaftsbürokratie bereit, wie auch die Sozialdemokratie, so auch jetzt die Papen-Politik zu unterstützen. Durch das Papen-Programm wird die Arbeiterschaft nicht befreit. In dem kapitalistischen System, wo die Anarchie herrscht, ist kein Weg vorhanden. Die Folgen sind weitere Entlassungen, Entlassungen, Schließungen und Sinken der Kaufkraft der Massen. Um Arbeit zu schaffen, muß die Kaufkraft der Massen gesteigert werden, müssen die Arbeiter mehr Lohn bekommen. Die Wirtschaftskankurrier aber geben den Arbeitern noch weniger Lohn, damit muß der Lohn nicht sinken und die Produktion noch mehr eingeschränkt werden. Die Erwerbslosen sind in erster Linie die Arbeiterfamilien, aber auch die alleingewerbetreibenden und das Landvolk, will diesem Programm eine Chance geben! Dafür bedankte sich auch Papen in einer Rede vor dem Berliner Annoncenbüro.

Diese Stellung der Gewerkschaftsbürokratie bedeutet nicht, daß sie die Gewerkschaften dem Volk nun den Rücken kehren soll, daß die Gewerkschaften keinen Zweck mehr haben. Diese wurden gegründet als Klassenkampforganisationen, und weil sie das waren, wurden sie große Massenorganisationen. Die Gewerkschaftsbürokratie

hat daraus eine Harmonie mit den Unternehmern, mit dem Kapitalismus gemacht, wie sie von den selben Gewerkschaften schon vor dem Krieg betrieben und schon von Hebel und Wilhelm Liebknecht bekämpft wurde. Durch

eine breite Oppositionsbewegung innerhalb der Gewerkschaften

müht ihr Kollegen den Massenverrat der Gewerkschaftsbürokratie unwirksam machen. Wir brauchen die Gewerkschaften zum Kampf! Dazu rufen wir die Kollegen auf. Darin liegt auch die große Bedeutung der revolutionären Gewerkschaftsopposition innerhalb der Gewerkschaften, Betriebe und Stempelstellen.

In der jetzigen Situation des unaufhaltsamen Niederganges der kapitalistischen Wirtschaft werden alle jene von der SPD, so hoch als ihre Erregungschancen angepriesenen Vorteile für einen Teil der Arbeiterklasse befristet. Diese Erregungschancen wurden durch die Arbeitermassen, die einmal 1918 gemeinsam und bewaffnet auf der Straße standen, erkämpft. Ein Teil der Erregungschancen kam nur

einer kleinen Oberschicht zugute und wurde von der kapitalistischen Klasse auf Grund riesiger Sonderprofite genehmigt, um die Arbeiter, schalt sie besser gegeneinander auszuspielen zu können. Heute, angesichts des dauernden Niederganges, muß der Kapitalismus selbst diese kleinen Vorteile nehmen.

Heute

sind allen Ortsgruppen der KPD, die letzten Flugblätter zugegangen. Genossen, sorgt sofort für weiteste Verbreitung derselben in eurer ganzen Umgebung. Nützt die letzten zwei Tage aus! Kein Werktätiger darf der Wahlurne fernbleiben! Jeder Antifaschist ein roter Wahlhelfer! Jeder Werktätige in Stadt und Land wählt Liste 3, Kommunisten!

Jede Wahlenthaltung ist eine Hilfe für Papen

Alle Parteien stehen unter dem Druck der Rebellion der Massen. Aus diesem Grunde schreien sie alle — und Papen mit — von der „Wahrung der Rechte des Volkes“. Sie meinen aber immer das Gegenteil. Sie meinen die Rechte der 5 Prozent Herrschenden. Die Rechte des Volkes werden durch Papen und seine Helfer dadurch gewahrt, daß allen unter 25 Jahren das Wahlrecht genommen werden soll, daß die Listenwahlen befristet und den Gewerkschaften sogar eine Vertretung in der Ersten Kammer von Berufsständen zugesprochen wird. Das ist die Anerkennung für die Streikbrucharbeit der Gewerkschaftsbürokratie. Der Genosse Pieck kommt dann auf die radikalen Neben der verschiedenen Parteien in den Wahlversammlungen zu sprechen, die plötzlich alle gegen Papen sind, obwohl bekannt ist, daß Papen nur mit ihrer Unterstützung regieren kann. Wenn bei den fünf Wahlen in diesem Jahr jetzt von Wahlmüdigkeit geredet wird, so können wir nicht davon sprechen.

Die Arbeiterwähler werden immer aktiver in der Erkenntnis, daß jede Wahlenthaltung nur den Papen und Hitler hilft. Gerade diesmal muß der letzte Werkstätige zur Stimmabgabe für die Liste 3 herangeholt werden.

Der Genosse Pieck nimmt dann ausführlich zu der Frage Stellung: Was wird nach dem 6. November? Die Sozialdemokratie zeigte sich immer als die beste Stütze des kapitalistischen Systems. Immer wenn die Kommunisten auf die Massen appellierten und diese zum Kampf aufriefen, erklärten die Führer: „Vertraut denen nicht, wir werden im Parlament eure Rechte vertreten, wir sind die Vertreter der Demokratie!“ Und heute? Die ganzen Rechte wurden geraubt. Wie steht es mit der vielgepriesenen Demokratie? Selbst die SPD. muß zugeben, daß die faschistische Diktatur am Ruder ist. Das ist

das Ergebnis von 14 Jahren SPD.-Politik.

Wir Kommunisten sagen den Wertfähigen im Waldenburger Hungerland

nur der Kampf um die Macht für die Arbeiter und Bauern entscheidet über das Ende des Kapitalismus und damit über den Aufstieg zum Sozialismus, unter dem nur wer arbeitet zu essen hat, unter dem auch für die Sozialisten ein Leben ohne Not und Sorgen möglich ist.

Dort, wo die Arbeiterklasse die Macht besitzt, geht es aufwärts. Das sind keine leeren Versprechungen. Den Beweis dafür tritt Sowjetrußland an. Dort geht es ständig aufwärts. Es entstehen große Industriestädte. Die Landwirtschaft wird kollektiv bearbeitet und dadurch die Erträge gewaltig gesteigert. Unter dem russischen 180-Milionen-Volk ist kein Mensch arbeitslos. Jeder, der arbeitet, hat das Anrecht auf genügend Brot und Kleidung. Das Lebensniveau der russischen Arbeiter und Bauern wird ständig gesteigert. In Sowjetrußland sind Arbeiter Führer der Wirtschaft, die im Auftrag der Partei unter Führung der kommunistischen Partei handeln. Jetzt hat man deutschen Arbeiterdelegierten die Pässe nach Sowjetrußland erteilt. Wenn es dort wirklich so schlecht wäre, würde die Rattenregierung hunderte Arbeiter hinüberschicken, damit sie sich davon überzeugen und in Deutschland gegen die Arbeiter- und Bauernrepublik Stellung nehmen könnten.

Da es dort aber aufwärts geht, verbietet die Papen-Regierung die Arbeiterdelegationen, damit die Arbeiter in Deutschland nicht die Wahrheit erfahren und so das russische Beispiel nicht nachmachen sollen.

Mit einem Appell zur Herstellung der Einheit, zur Einheitsaktion gegen Lohn- und Unterdrückungsraub, gegen die hohen Mieten und

Jetzt, wo die SPD. nichts mehr zu sagen hat, bringt diese im Reichstag ein paar Dutzend Sozialisierungsanträge ein und spricht davon, daß die kapitalistische Industrie umgebaut, die Schlüsselstellungen verstaatlicht werden sollen. Ja, und wer soll das machen? Die Kapitalisten! Die SPD.-Führer wollen den Arbeitermassen glauben machen, daß der Kapitalismus sich selbst den Strid umlegt, statt ihnen zu sagen, daß sie selbst die Macht erobern müssen. Das Umbau-Programm der SPD. bedeutet nichts anderes, als Staatskapitalismus und damit Festigung des kapitalistischen Profitystems. Genosse Pieck kennzeichnete dann das Manöver der SPD.-Führer mit dem Volksbegehren, durch das Einheitsaktionen der Wertfähigen, die Aktivierung der Arbeitermassen verhindert werden soll.

Auch die SPD.-Arbeiter erkennen immer klarer, besonders auf Grund der Vorgänge am 20. Juli, die die Kapitulation der SPD.-Führung vor dem Kapitalismus darstellten, daß die SPD. dem Sozialismus den Weg vorbereitet.

die blutigen Vollstrecker des Willens der Industriekönige und Junker

sind. Hitler hatte den Wertfähigen alles versprochen und sich am 13. August von Hindenburg in die bayerischen Berge in Urlaub schicken lassen. Alle jene Arbeiter, Angestellten und kleinen Geschäftsleute, die aus erster Überlegung bei Hitler standen, fühlen sich jetzt mit Recht als die Betrogenen. Die Hitler-Bewegung wird dann vollständig pleite sein, wenn die wertfähigen Massen begriffen haben, daß nur auf dem Wege des revolutionären Klassenkampfes Arbeit, Brot und Freiheit geschaffen werden kann.

die vielen Ermittlungen, gegen die Kapitaldiktatur und den Faschismus, für den Sozialismus, um die Macht den Arbeitern und Bauern schließt der Genosse Pieck seine glänzende Rede unter härmlichem, nicht erdenklichen Beifall.

Wieder ein Todesopfer im Schacht

Waldenburg, Im Betriebe der Friedenshoffnungsgrube verunglückte der Bergbauer Hermann Horn tödlich. Beim Anbringen von Spreisen brach plötzlich die Bohre und Horn stürzte 25 Meter tief in den Schacht. Horn hinterläßt eine Frau und zwei Kinder. Auch der Bergbauer Horn ist ein Opfer der ungeheuren Profitgier des Grubenkapitals. Das ist jetzt in wenigen Tagen der zweite Todesfall unter Tage. Kumpel, nehmt zu diesen Vorfällen in den Abteilungen sofort Stellung! Betraut eure Vertrauensleute mit der Feststellung der wirklichen Ursachen dieser Todesfälle. In beiden Fällen wird sich ergeben, daß die durch unerhörte Antreiberei mangelnde Grubenunsicherheit und die Unterernährung der Kumpel infolge der Hungerlöhne die Ursachen der tödlichen Unglücksfälle sind. Rame- raden, auch euer Leben steht auf dem Spiel! Denkt an eure Frauen und Kinder! Stellt die rote Kumpelvereinigung her zum Kampf um die Grubenunsicherheit, gegen die Hungerlöhne! Wählt in jeder Abteilung revolutionäre Vertrauensleute!

Unglücksfall auch auf Hans-Heinrich

Auf Hans-Heinrich-Schacht, 5. Abteilung, verunglückte am 1. November in der Mittagsschicht der Hauer Gustav Gebauer (Hermesdorf) dadurch schwer, daß ihm ein großes Kohlestück zu Boden warf. Er erlitt schwere Kopf- und Brustverletzungen und wurde ins Lazarett übergeführt. Die 5. Abteilung wurde von uns schon des öfteren angeprangert.

Einwohner von Weißstein!

Achtung! Die Feier der russischen siegreichen proletarischen Revolution ist verboten worden. Die Ortsgruppe der KPD. veranstaltet am Sonnabend, dem 5. November, 19.15 Uhr, im Gasthaus „Deutsches Haus“ einen proletarischen Abend. Unterstützt diese Veranstaltung recht zahlreich. Eintritt 20 und 30 Pfennig.

Genosse Becker, Mar., spricht in Liebau

Essentielle Versammlung der Ortsgruppe Liebau am 5. November, abends 8 Uhr, im „Adler“. Referenten: Gen. R. Becker, WdA. und Gen. Ewald Koppel. Thema: „Kampf aller Hungernden gegen die Satten! Wir, die Kommunisten, die Sieger von morgen!“

Genosse Neddermeyer spricht in Glogau

am Sonnabend, den 5. November, nachmittags um 3 Uhr, im „Schützenhaus“. Gestaltet diese Kundgebung zu einer machtstarken Demonstration aller Hungernden in Stadt und Land, für die Wahl der Liste 3.

Rote Hilfe aktiv im Wahlkampf für Liste 3

Fraunstadt. Der Kampf gegen die Klassenjustiz, der Kampf um die Befreiung der proletarisch-politischen Gefangenen ist ein Teil des Kampfes der gesamten Arbeiterklasse. Die Rote Hilfe, die auf diesem Promontorium des Klassenkampfes die Führerin ist, führt diesen Kampf, dessen endgültiger Sieg erst im Endkampf errungen werden kann, außerparlamentarisch. Und trotzdem greift die Rote Hilfe jetzt in den Wahlkampf aktiv ein. Das ist trotz der Ueberparteilichkeit der Roten Hilfe kein Widerspruch. Denn nur die kommunistische Partei war es gewesen, die auch das Parlament zum Kampf um die Befreiung der proletarisch-politischen Gefangenen benutzte.

Am Freitag, dem 28. Oktober, fand hier im „Konzerthaus“ eine Wahlversammlung der Roten Hilfe, Ortsgruppe Fraunstadt, statt. Genosse Meiser-Breslau zeigte in seinem Referat den wahren Charakter der Klassenjustiz auf. In seinen weiteren Ausführungen bewies der Referent die Notwendigkeit der Schaffung einer breiten Solidaritätsfront für die Opfer der Klassenjustiz und ihre Angehörigen. 10 Jahre Rote Hilfe heißt 10 Jahre Arbeit für die Schaffung einer internationalen Solidaritätsarmee für die proletarisch-politischen Gefangenen. Im Schlußwort appellierte der Referent an die Anwesenden, am kommenden Wahltag durch Stimmabgabe für die Liste 3 das Verbotnis zum weiteren Kampf gegen die Klassenjustiz abzulegen. Mehrere fünf Minuten wurden für die politischen Gefangenen gesammelt. Folgende Entschlüsse wurden angenommen:

Kämpfer gegen die Klassenjustiz stimmen am 6. November für die Liste 3, Kommunisten!

Die heute in Fraunstadt tagende öffentliche Versammlung der Roten Hilfe gelobt den Kampf gegen die Klassenjustiz in breiter Einheitsfront zu führen. Als Referent dieses Kampfwillens ge-

loben die Versammlungsteilnehmer, am 6. November der Liste der kommunistischen Partei ihre Stimme zu geben. Wir sprengen die Tore der Kasse der Klassenjustiz!

Dieser Vorkopf der Roten Helfer und der Roten Hilfe muß allen Rote-Hilfe-Mitgliedern ein Ansporn sein, alle Kräfte für den Wahlkampf zu mobilisieren. Erst wenn der Kapitalismus bezwungen ist, erst dann werden unsere Arbeitsbrüder von den Kerkerketten befreit.

Die 103 Broschüren für ihn: Was wollen die Kommunisten (Landausgabe) Bauernkampf gegen Bauerntum! Der von Hitler (vom dem Nazis gehen)

